



Industriestrategie Österreich 2035

für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort
und wirtschaftliche Resilienz

Industriestrategie Österreich 2035

für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort
und wirtschaftliche Resilienz

Inhalt

6	Vorwort
	Gemeinsam Zukunft produzieren
14	Einleitung
	Unsere Industrie: Motor für Wertschöpfung und Wohlstand
	Handlungsfelder:
30	1–Forschung, Technologie & Innovation
40	2–Energie
52	3–Bildung, Fachkräfte & Arbeitsmarkt
62	4–Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie & Transformation
70	5–Infrastruktur, Mobilität & wirtschaftliche Resilienz
78	6–Europa & geopolitische Herausforderungen
94	7–Entbürokratisierung & Finanzierung
104	Monitoring der Industriestrategie 2035
106	Der Weg zur Industriestrategie 2035
107	Abstimmung mit anderen Strategien der Bundesregierung
108	Eine starke Industrie ist unsere gemeinsame Verantwortung
110	Impressum





Vorwort

Gemeinsam Zukunft produzieren



Bundesminister
Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Bundesminister
KommR Peter Hanke

Staatssekretär
Sepp Schellhorn

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu einem starken Produktionsstandort Österreich und zur heimischen Industrie, in all ihrer Vielfalt und Tradition. Unsere wettbewerbsfähigen und hochinnovativen Unternehmen sind ein Garant unseres Wohlstands, heute und in der Zukunft. Gerade in geopolitisch fordernden Zeiten und angesichts der hohen Dynamik des technologischen und ökologischen Wandels müssen wir jedoch unsere Industrie gezielt stärken und gemeinsam mit unseren europäischen Partnern strategisch weiterentwickeln. Die österreichische Industriestrategie ist dabei eng mit europäischen Initiativen und Strategien abgestimmt. Die österreichische Bundesregierung bekennt sich dabei neben der Stärkung gemeinsamer industriepolitischer Projekte und Initiativen auf EU-Ebene insbesondere zur Vervollständigung des Binnenmarkts und zu einem gemeinsamen aktiven Einsatz für faire und ökologische Handelsabkommen und Erschließung neuer Märkte.

Dabei müssen wir unsere nationalen Handlungsspielräume engagiert und klug nutzen, und uns gezielt durch Reformen sowie ausgewählte Maßnahmen neue Wachstumschancen eröffnen, wenn wir neben anderen wichtigen Zielen vor allem mehr Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Resilienz erreichen möchten. Genau das tun wir – mit der neuen Industriestrategie der österreichischen Bundesregierung.

Die in einem breiten Beteiligungsprozess entwickelte Industriestrategie 2035 formuliert eine klare Vision und ambitionierte Ziele für die Weiterentwicklung unseres Industriestandorts in Europa und der Welt. Ausgehend von den Stärken unserer Industrie wollen wir die großen Chancen des technologischen und ökologischen Wandels durch die gezielte Entwicklung und Integration neuer Schlüsseltechnologien quer über alle Industriesparten nutzen. Hierfür werden wir auch die gezielte Ausbildung, die Qualifizierung bestehender und die Anwerbung internationaler Fachkräfte forcieren. Beides wird zu einer Stärkung des Produktions- und Innovationsstandorts Österreich beitragen. Die Transformation unserer Industrie werden wir dabei zukunftsorientiert und verantwortungsbewusst vorantreiben.

Als Bundesregierung haben wir uns zum Ziel gesetzt, optimale Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung, Innovation, Produktion und Export zu schaffen. Über die nächsten zehn Jahre werden wir über eine kontinuierliche, langfristige Umsetzung der Strategie die Leistungsfähigkeit unserer Industrie durch zahlreiche Initiativen, strukturelle Reformen und zielgerichtete Maßnahmen weiter steigern. Österreich soll wieder zurück an die Spitze der Industrienationen. Nur so sichern wir unser erfolgreiches Wohlstands- und Gesellschaftsmodell für die Zukunft.

MANAGEMENT SUMMARY

**Unsere Vision für das Industrieland Österreich:
Österreich unter die TOP-10 bringen.**

**Bis 2035 soll Österreich zu den zehn wettbewerbsfähigsten
Volkswirtschaften der Welt gehören.**

Schon heute ist Österreich eine der modernsten Industrienationen weltweit. Zahlreiche österreichische Industriebetriebe schreiben beeindruckende internationale Erfolgsgeschichten und sind in einigen Bereichen globaler Marktführer.

Gleichzeitig steht unser Industriestandort vor großen Herausforderungen. Geopolitische Spannungen, unverhohlener Protektionismus und die Ausdehnung von Zollregimen schwächen die Exportnachfrage und verzerren den internationalen Wettbewerb. Hohe Lohnstück-, Energiestück-, Kapitalstück- und Bürokratiekosten sowie ein zunehmender Fachkräftemangel belasten den Standort Österreich und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

In den kommenden zehn Jahren muss Österreich bestehende Stärken – wie Exportorientierung, hohe Innovationskraft, exzellent ausgebildete Fachkräfte, verlässliche Infrastruktur – und Schwächen – wie Digitalisierungsgrad, Fachkräftemangel, Bürokratiekosten, schwach ausgeprägter Kapitalmarkt – konsequent adressieren.

Für internationale Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit entwickelt die Industriestrategie 2035 sechs Ziele mit 114 Maßnahmen. Unser Anspruch ist es Österreich bis 2035 in die TOP-10 der OECD-Länder bei der Industrieproduktion (Industrial Production Index) zu bringen. Zusammenhängend damit wird ebenfalls der Wertschöpfungsanteil der Industrie an der gesamten Wirtschaftsleistung gemessen.

DIE SECHS ZIELE DER INDUSTRIESTRATEGIE SIND:

- 1 Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit**
- 2 Weiterentwicklung wirtschaftlicher Souveränität in und mit Europa**
- 3 Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Innovationskraft**
- 4 Ausbau wirtschaftlicher Resilienz**
- 5 Stärkung nachhaltiger und zirkulärer Produktion**
- 6 Entwicklung des Fachkräftepotenzials**

Die neue Industriestrategie der österreichischen Bundesregierung priorisiert in den nächsten Jahren sieben spezifische Handlungsfelder der Industriepolitik, für die jeweils leistungsstarke Maßnahmen entwickelt wurden. Einige von ihnen stehen stellvertretend für unser ambitioniertes industriepolitisches Programm für die nächsten Jahre.

TOP-MASSNAHMEN AUF EINEN BLICK:

Umsetzung einer **Schlüsseltechnologie-Offensive**

Wir definieren erstmals **9 Schlüsseltechnologien und Stärkefelder**. Für gezielte Investitionen in diese Technologien wird ein Förderbudget **im FTI-Pakt bis 2029 von rund 2,6 Milliarden Euro** bereitgestellt.

Die wichtigsten Schlüsseltechnologie-Maßnahmen auf einen Blick:

- **Schlüsseltechnologie-Beschleunigungsgesetz**
- Zumindest ein neuer **Lehrberuf pro Schlüsseltechnologie**
- Investitionen durch Garantien und Haftungen im Rahmen eines **Standort- und Transformationsfonds** mobilisieren
- Bestehende **Investitionsanreize** weiterentwickeln
- **Investitionsbooster** für F&E-Personal
- Qualifizierungsoffensive für **Fachkräfte**
- **Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang** für Hochschulabsolventen sowie Forschende
- Weiterentwicklung **Austrian Business Agency**: Neuausrichtung Invest in Austria, Standortmarketing und Fachkräfteanwerbung
- **Neuausrichtung der FFG, aws und CDG** im Zuge des FTI-Pakts 2027–2029
- Neues **FFG-Flagship Programm** für Leitbetriebe
- Gezielter Aufbau von Ökosystemen, Innovations-Hubs und **Cluster für Schlüsseltechnologien**
- Neues **FFG-Flagship Programm** für Leitbetriebe zum **Aufbau von Ökosystemen**
- Neues Important Project of Common European Interest Advanced Semiconductor Technologies
- **Rot-weiß-roter Scale-up Fonds** zur Finanzierung von Spin-offs und Scale-ups mit Anfang 2027
- **Schlüsseltechnologie-Standortpaket** mit Fokus auf Pilotanlagen
- **Regulatory Sandboxes** als innovative Testumgebung
- Österreich als **Modellregion für automatisiertes Fahren**

Stärkung des Technologietransfers

- Wir bringen Erfindungen und Systeminnovationen aus den Universitäten und Forschungseinrichtungen rasch in die industrielle Anwendung und setzen einen gezielten Fokus auf kooperative Programme, wie die Neuausrichtung der CDG, die Weiterentwicklung von COMET-Zentren, sowie den strategischen Aufbau von Technologie-Ökosystemen und Cluster für Schlüsseltechnologien und Stärkefelder.
- Wir entwickeln die Forschungsprämie als wichtigen Standortfaktor weiter und reduzieren die Bürokratie.

Forcierung der Transformations-Offensive

- Wir unterstützen auch weiterhin Unternehmen in Prozessen des ökologischen, digitalen und sozialen Wandels. Hierzu werden bestehende Instrumente neujustiert und abgestimmt. Außerdem wird das Programm TWIN-Transition als wichtiges Instrument zur Unterstützung von Investitions- und Ansiedlungsprojekten verlängert.

Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise und eines zukunftsfähigen Energiesystems

- Wir führen neben einer **Verlängerung des Standortabsicherungsgesetzes (SAG)** einen **Industriestrompreis nach deutschem Vorbild ein**. Hierfür stehen 250 Millionen Euro p.a. zur Verfügung. Dies gewährleistet faire Wettbewerbsbedingungen mit Deutschland als wichtigstem Wettbewerbs- und Handelspartner sowie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Standorte insbesondere für energieintensive Branchen.
- Wir entwickeln das **österreichische Energiesystem der Zukunft**. Hierfür wird der Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger sowie der Netzausbau effizient und in optimaler Abstimmung mit Speicherlösungen vorangetrieben. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sowie der Netzstabilität werden neue Erzeugungskapazitäten (z. B. H₂-Ready-Gaskraftwerke), der Ausbau von Speicherkapazitäten und zusätzliche Potenziale für die erneuerbaren Erzeugung (z. B. Potenzialanalyse Wasserkraft und Pumpspeicher) geprüft und forciert.
- Wir forcieren den Ausbau der **Wasserstoffinfrastruktur** als eine der industriellen Zukunftstechnologien im Energiesystem, schaffen einen klaren Rechtsrahmen für die Geothermie und heben das gesetzliche **CCS-Verbot** auf.
- Wir senken zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Güter- und Personenverkehrs auf der Schiene die Energiekosten für den Bahnstrom.

Investition in unsere Fachkräfte

- Wir setzen zur Stärkung des qualitativen und quantitativen Fachkräfteangebots im Bereich der Industrie in der **Lehre** Schwerpunkte im Bereich der Schlüsseltechnologien mit neuen Lehrberufen und fördern gezielt die **Qualifizierung** von Beschäftigten in der Industrie.
- Wir erweitern darüber hinaus die Möglichkeiten zur **Anwerbung internationaler Fachkräfte**, z. B. über eine Reform der RWR-Karte unter anderem für Forschende und Hochschulabsolvierende. Zusätzlich wird die Anerkennung von internationalen Studienabschlüssen und Berufsqualifikationen vereinfacht und erleichtert.

Umsetzung einer Entbürokratisierungs-Offensive

- Wir stärken die unternehmerische Freiheit in Österreich und bekennen uns im Rahmen des nächsten Bürokratieabbaupakets dazu, die bestehenden Berichtspflichten bis 2035 wesentlich zu reduzieren. Erleichterungen werden insbesondere durch die Ausweitung von One Stop Shops, Once Only-Prinzip, No Stop Shops, innovativer Regulatorik, Verfahrensbeschleunigungen und -vereinfachungen umgesetzt.
- Wir prüfen zudem künftige Berichtspflichten vor Neueinführungen auf deren Praxistauglichkeit und Redundanz, mit dem Ziel Berichtspflichten langfristig zu reduzieren.

Sicherung strategischer Rohstoffe

- Wir unterstützen die **Rohstoffversorgung** der Industrie und erreichen damit – auch im europäischen Verbund - mehr wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und Resilienz. Dies wird durch die Forcierung von **Kreislaufwirtschaft**, **Erhöhung der Ressourceneffizienz** und den Aufbau von digitalen Ressourcenplattformen für den Handel von Sekundärrohstoffen erzielt.
- Wir ermöglichen österreichischen Unternehmen durch nationale Forschungsprojekte einen Startvorteil bei der Erarbeitung des europäischen digitalen Produktpasses.
- Wir nutzen zudem verstärkt **heimische und europäische Primärrohstoffquellen** und schaffen die Möglichkeit des Aufbaus strategischer **Rohstoffreserven**.

Stärkung der digitalen Souveränität

- Wir ermöglichen der Industrie durch die **AI-Factory** einen bestmöglichen Zugang zu Supercomputern und ihrer Rechenleistung.
- Wir forcieren das Leitprinzip „**Made in Europe & Partner Countries**“ im Förder- & Beschaffungswesen für digitale Produkte und Dienstleistungen.
- Wir unterstützen die **Datensicherheit** durch die nachvollziehbare Kennzeichnung von Rechenzentren (European Cloud Certificate Scheme).

Sicherstellung moderner und resilienter Infrastrukturen

- Wir beschleunigen Verfahren für Infrastrukturprojekte und stimmen Bauprojekte besser aufeinander ab, um Kosten nachhaltig zu senken. Hierfür werden **One-Stop-Shops für Infrastrukturprojekte**, **Erleichterungen im UVP-G** sowie ein **digitaler Tiefbauatlas** eingeführt.
- Wir reformieren das **Investitionskontrollgesetz**, um Österreichs kritische Infrastruktur im veränderten geopolitischen Umfeld wirkungsvoller zu schützen.

Ausbau der Mobilität der Zukunft

- Wir setzen unsere **Investitionsprogramme** im Bereich der Schiene und der Straße ambitioniert fort. Mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur, der Förderung der automatisierten Mobilität und dem Aufbau neuer Kompetenzen der Bahnindustrie schaffen wir die Voraussetzungen für moderne Mobilität.

- Wir machen Österreich zur **Modellregion für automatisierte Mobilität** und ermöglichen so Entwicklungsspielräume für unsere Industrie. Hierfür wird ein Implementierungsprogramm geschaffen, um reale Testumgebungen im Alltagsverkehr zu etablieren.
- Der Ausbau der emissionsfreien Infrastruktur mit starkem Fokus auf E-Mobilität und „Made in Europe & Partner Countries“ wird zielgerichtet gefördert und weiter beschleunigt. Im Kontext der Weiterentwicklung der österreichischen Mobilitätsindustrie bekennen wir uns dazu, Technologieklarheit fokussiert zu unterstützen. Österreichische Unternehmen stärken durch zahlreiche technologieoffene Flagship-Initiativen die Innovationskraft der Mobilitätsindustrie.

Etablierung „Made in Europe & Partner Countries“ als Leitprinzip im Förder- & Beschaffungswesen

- Wir integrieren Förder- & Beschaffungswesen sowie Innovationspolitik unter dem **Leitprinzip „Made in Europe & Partner Countries“** und stärken auf heimischer und europäischer Ebene Wertschöpfung, Produktivität, Innovationstätigkeit und Wettbewerbsfähigkeit.
- Wir erarbeiten hierfür einen österreichischen **Aktionsplan zur strategischen und innovationsfördernden öffentlichen Beschaffung** als klare Handlungsanleitung für die öffentliche Verwaltung.
- Wir richten das **nationale Förderwesen** mit einem Fokus auf Effizienz, Wirksamkeit, die bestmögliche Abstimmung mit europäischen Initiativen, die schrittweise Ökologisierung sowie entlang des Leitprinzips „Made in Europe & Partner Countries“ neu aus. Ineffiziente Mehrfachförderungen werden durch die Einführung eines Kumulationsprinzips vermieden.

Vollendung des Binnenmarkts und Erschließung neuer Märkte

- Wir setzen uns auf EU-Ebene aktiv für einen starken europäischen Binnenmarkt, die Erschließung neuer Märkte durch faire und ökologische Handelsabkommen (z.B. Staaten der Golfregion, Indien, Südost-Asien, Australien), stabile Lieferketten sowie faire Wettbewerbsbedingungen ein.

Nutzung der österreichischen Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft als Wachstumschance

- Wir reformieren die **Exportkontrolle** durch eine **gesamthafte Überarbeitung und Vereinheitlichung** des Außenwirtschafts- und Kriegsmaterialgesetzes mit dem Ziel, Prüf- und Bewilligungsprozesse zu optimieren und beschleunigen. Außerdem schaffen wir rechtliche Klarstellungen für Exporteure, um die Rechtssicherheit zu erhöhen.

Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

- Wir stärken das Produktivitätswachstum und insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung der Lohnnebenkosten. Ab Mitte der Regierungsperiode erfolgt die Senkung stufenweise im Rahmen des Familienlastenausgleichsfonds (3,7%) – abhängig von der konjunkturellen und budgetären Entwicklung.

Die Umsetzung der Industriestrategie 2035 wird durch einen laufenden Monitoring-Prozess aktiv durch die Messung von KPIs begleitet und bewertet. Aufbauend darauf legt die Bundesregierung jährlich einen Bericht zur Umsetzung der Industriestrategie vor. Alle drei Jahre wird die Industriestrategie extern wissenschaftlich evaluiert und weiterentwickelt.

Einleitung

Unsere Industrie: Motor für Wertschöpfung und Wohlstand



Österreich ist eine der modernsten Industrienationen weltweit. Österreichische Industriebetriebe haben Kunden in der ganzen Welt mit ihren hochwertigen Produkten und innovativen Lösungen viel zu bieten. Dies zeigt sich auch an der Exportquote der Industrie von 66,2 Prozent unseres Landes. Zahlreiche österreichische Industriebetriebe schreiben beeindruckende internationale Erfolgsgeschichten, von denen wir in Österreich unmittelbar profitieren. Als Bundesregierung bekennen wir uns zum europäischen und internationalen Wettbewerb sowie zu einem wettbewerbsfähigen und exportorientierten Industriestandort Österreich, der sowohl Produktion als auch Forschung und Entwicklung (F&E) umfasst, und in einen starken europäischen Binnenmarkt eingebettet ist.

Made in Austria macht den Unterschied

Die Leistungen unserer Industrie und ihrer Beschäftigten helfen mit, die Grundlagen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zu sichern. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind für die Industrie von zentraler Bedeutung, da sie Innovation und technologische Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie ist wichtiger Garant unseres Wohlstandes, eines leistungsfähigen Sozialstaats und unserer Zukunft. Der servindustrielle Sektor, der auch alle industrienahen Dienstleistungen umfasst, steht heute für zwei Drittel der Produktionsleistung unserer Volkswirtschaft. Er sorgt mit seinen Unternehmen für hochwertige Arbeitsplätze und Ausbildung, und erbringt gleichzeitig bedeutende Leistungen im Bereich F&E. Mehr als die Hälfte der Forschungsausgaben in Österreich werden von Unternehmen, insbesondere der Industrie, getätigt. Dies stellt auch sicher, dass unser Land die digitale und ökologische Transformation erfolgreich meistern kann. Die hohe Leistungsfähigkeit der heimischen Industrie ist damit die beste Zukunftsversicherung für unser Land und seine Menschen.

Industrieland unter Druck

Die Rahmenbedingungen für die Industrie und für unser gesamtes Wirtschafts- und Sozialmodell verändern sich massiv. Das liegt nicht nur an den vergangenen Krisenjahren. Die besondere Dynamik des technologischen Wandels, bedeutende Externalitäten neuer Technologien, die fortschreitende Digitalisierung und die Notwendigkeit der ökologischen Transformation fordern die Anpassungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und unseres Industriestandorts heraus. Neue politische Blockbildungen, Handelskonflikte und kriegerrische Auseinandersetzungen gefährden die Sicherheit unserer internationalisierten Wertschöpfungsketten, die Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen und den Zugang zu wichtigen Exportmärkten. Im internationalen Vergleich hohe Energiestück-, Lohnstück-, Kapitalstück- und Bürokratiekosten führen gleichzeitig dazu, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Österreich stark unter Druck steht. Fehlende Kapitalmarkt-Instrumente bzw. die weiterhin ausstehende Vollendung des europäischen Kapitalmarkts und europäischen Binnenmarkts erschweren zusätzlich die Aktivierung von Wachstumspotenzialen in der Industrie.

Mit unserer Industrie gerät auch unser Wirtschafts- und Sozialmodell in Österreich und Europa auf Dauer unter Druck. Damit steigt auch die Gefahr sozialer und politischer Verwerfungen. Es gilt, diesen Entwicklungen mit nachhaltig wirksamen industriepolitischen Ansätzen und Strategien zu begegnen, die die Stärken unserer Industrie klug nutzen und gleichzeitig dabei unterstützen, Schwächen systematisch abzubauen. In diesem Transformationsprozess leisten auch Fachkräfte und Beschäftigte einen wichtigen Beitrag.

Mit einer zukunftsorientierten Industriepolitik und ihren zielgerichteten Maßnahmen auf Grundlage einer klaren Vision sowie daraus abgeleiteter strategischer Ziele schaffen wir in Österreich langfristig stabile und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

UNSERE VISION FÜR DAS INDUSTRIELAND ÖSTERREICH:

Österreich unter die TOP-10 bringen

Bis 2035 zählen wir zu den zehn wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt.

Wir sind noch mehr als heute ein Land, das für industriellen Fortschritt steht, in dem Unternehmertum floriert, Investitionen attraktiv sind und sich Innovationen erfolgreich entwickeln. Wir sind ein Industrieland, das sich mit exportstarken, vielfältig aufgestellten Industriebetrieben und breit verankerten Schlüsseltechnologien zu einem der innovativsten Industriestandorte Europas entwickelt hat. Das Industrieland Österreich zeichnet sich durch besondere Qualitäten, allen voran Fleiß, Erfindergeist und hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau sowie Internationalität und Innovationskraft der Betriebe aus. Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit sind bestens miteinander vereint.

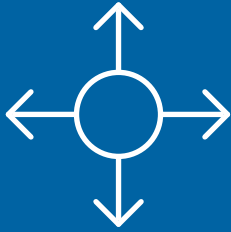
Durch vorteilhafte Rahmenbedingungen wachsen Unternehmen und siedeln sich neu an, Investitionen boomen und Arbeitsplätze für die Zukunft sind gesichert. Als Weltklasse-Standort für Industriebetriebe und als Kompetenzzentrum für die Entwicklung und industrielle Anwendung von Schlüsseltechnologien profitieren wir nachhaltig von bedeutenden Investitionen, hoher Wertschöpfung und hochwertigen heimischen Arbeitsplätzen. Durch attraktive Rahmenbedingungen wird wieder mehr Vollzeit gearbeitet. Frauen stellen in MINT-Berufen einen größeren Beschäftigungsanteil. Wir nutzen die großen Potenziale und Erträge der ökologischen und digitalen Transformation, um unseren Wohlstand und unser Sozialmodell langfristig abzusichern. Als einer der innovativsten Industriestandorte Europas sind wir auch starker Partner und wichtiger Impulsgeber für mehr wirtschaftliche und politische Souveränität unseres Kontinents.

Österreichs Industrie ist nahtlos in die europäischen Wertschöpfungsketten eingebunden. Gemeinsame Schwerpunkte und Fokusprogramme sowie Projekte und Initiativen werden effizient koordiniert und konsequent umgesetzt. Österreichische Industriebetriebe profitieren im Außenhandel und der Finanzierung von einem vertieften europäischen Binnen- und Kapitalmarkt sowie fairen und ökologischen Handelsabkommen. Wir bauen mit unserer Industrie starke Brücken in die ganze Welt und in eine Zukunft, die unseren gemeinsamen Vorstellungen und Werten entspricht. Je besser unsere Industrie Zukunft produzieren kann, desto besser für Österreich und Europa.

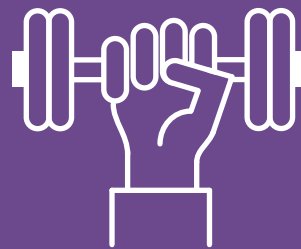
Industriestandort Österreich auf einen Blick

Der Industriestandort Österreich verfügt über eine breit aufgestellte Industrie, die mit ihren Stärken und Qualitäten für das hohe Wohlstandsniveau im Land und als Motor für Forschung, Technologie und Innovation unverzichtbar ist. Angesichts der wachsenden Herausforderungen muss die heimische Industriepolitik bestehende Stärken des Standorts konsequent (weiter-)entwickeln und Schwächen gezielt adressieren. Eine Reihe rezenter wissenschaftlicher Analysen verweist auf die grafisch dargestellten Stärken und Schwächen.

Stärken, wie unsere Fähigkeit zur Innovation, unser leistungsfähiger Bildungssektor, die hohe Qualität unserer Arbeitskräfte und unsere besondere Expertise in der ökologischen Transformation müssen weiter ausgebaut werden. Schwächen, wie etwa die Unternehmensfinanzierung, die hohe Preisdynamik, z. B. im Bereich Energie, die Verfügbarkeit kritischer Ressourcen oder ineffiziente Verwaltungsprozesse müssen im Rahmen der Industriepolitik kompromisslos angesprochen und nachhaltig gelöst werden.



- Ökologische / digitale Transformation
- Technologischer Wandel & Kooperation
- Vertiefung und Erweiterung des EU-Binnenmarkt
- Aufschwung in wichtigen Partnerländern
- Vorhandene Reformpotenziale



Stärken

- Hohe Investitionen und Intensität in F&E sowie ausgeprägte Forschungslandschaft
- Starke F&E-Positionierung bei Schlüsseltechnologien
- Stromversorgung zu fast 100 % aus Erneuerbaren Energien
- Im internationalen Vergleich hoher Anteil an Beschäftigten im Medium- und High-Tech-Bereich
- Qualifikationsstruktur unterstützt den hohen Technologiesierungs- und Spezialisierungsgrad der Industrie
- Starke Verankerung der berufsbildenden Ausbildung (praxisnahe Qualifikation der Arbeitskräfte, international überdurchschnittliche Investitionen)
- Hoher MINT-Anteil in der sekundären und tertiären Bildungsstufe (Deckung zukünftigen Bedarfs)
- Recyclingquoten im internationalen Vergleich überdurchschnittlich
- Im internationalen Vergleich flexible Anstellungsregelungen und hohe kollektivvertragliche Abdeckung
- Zuverlässige, leistungsfähige Infrastrukturen
- Binnenmarkt & int. Partnerschaften: Starke Exportorientierung und Exportleistung
- Hohe Rechtssicherheit, sozialer Frieden und Absicherung sowie Sicherheit
- Leistungsfähige unternehmerische Netzwerke (Großbetriebe, KMU)

Risiken

- Monopolisierung des technischen Wandels
- Strategische Verknappung wichtiger Rohstoffe
- Wirtschaftliche Schwäche wichtiger Handelspartner
- Anhaltende Preisdynamik (Angebotsschocks)

- Geopolitische Neuordnung (Neue Handelsabkommen, Märkte & Diversifizierung)
- Ausbau europäischer Produktionskapazitäten
- Neue industrielle Initiativen auf europäischer Ebene
- Neue Produktfelder mit hohem Wachstumsmarkt

Chancen

Schwächen



- Schwache Produktivitäts- und zurückhaltende Investitionsdynamik
- Ungenutzte Potenziale bei Innovations-output, Technologietransfer und Skalierung
- Schwächen in der Rezeption von Spitzentechnologien (u. a. KI)
- Ausbaupotenziale in der Digitalisierung (u. a. Unterversorgung mit Rechenzentren)
- Belastung des Produktionsstandorts durch hohe Faktorkosten (Energie, Arbeit, Kapital)
- Fachkräftemangel/-bedarf (u. a. demografischer Wandel, zu geringe Erwerbsanreize, niedriges effektives Erwerbsaustrittsalter, fehlende Kinderbetreuung, Anwerbung internationaler Fachkräfte, rückläufige Lehringzahlen)
- Schwächen in der Materialeffizienz und im Ressourcenverbrauch, hohe Importquote
- Ungenutzte Potenziale in der Kreislaufwirtschaft, Materialeffizienz und im Ressourcenverbrauch sowie kritische Abhängigkeiten
- Ungehobene Effizienzpotenziale in der Bürokratie
- Insolvenz-, Gewerbe- und Gesellschaftsrecht
- Langwierige Verfahren u. a. im Infrastrukturausbau
- Unterentwickelter Kapitalmarkt insbesondere bei Wachstumskapital
- Restriktiver Finanzierungszugang für Unternehmen

- Finanzielle Instabilität (öffentliche Budgets)
- Geopolitische Neuordnung (Konflikte, Protektionismus, Zölle)
- Politische Spaltung der EU (Prozesse in Mitgliedsstaaten)



Strategische Ziele

Zentrales Anliegen der Industriestrategie ist es, das Wachstum am Standort Österreich zu steigern, um den Menschen im Land ein selbstbestimmtes Leben in Wohlstand und Sicherheit zu ermöglichen. Breiterer Wohlstand kann nur durch qualitatives und quantitatives Wachstum erreicht werden. Unsere strategischen Ziele für das Industrieland Österreich 2035 lauten daher wie folgt:

1 – Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Wir stärken das Produktivitätswachstum und insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung der Lohnnebenkosten: Die Bundesregierung bekennt sich zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und setzt sich auf europäischer sowie nationaler Ebene für deren Steigerung – insbesondere im internationalen Vergleich – ein. Dies erfolgt durch eine Schwerpunktsetzung zur Senkung von Energiekosten, Bürokratiekosten sowie Lohnstückkosten, insbes. Lohnnebenkosten/Arbeitskosten. Wir verbessern die generelle Anpassungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft auch durch Digitalisierung und Vernetzung, bestmöglichen Zugang zu Finanzierungen, eine straffe und leistungsfähige öffentliche Verwaltung und funktionierende Märkte. Wir vereinen Wettbewerbsfähigkeit mit Nachhaltigkeit und erreichen unsere Klimaziele.

- Der mehrjährige gleitende Durchschnitt des realen Produktivitätswachstums in Österreich zeigt bis 2035 einen nachhaltigen, positiven Aufwärtstrend und liegt im langjährigen Schnitt über 1,5%. Dieser Trend spiegelt sich ebenso im Produktivitätswachstum in der Herstellung von Waren wider, das im mehrjährig gleitenden Durchschnitt kontinuierlich auf über 3% ansteigt.
- Der Personalaufwand für regulatorische Erfordernisse wird gemäß European Investment Survey unter den europäischen Schnitt gesenkt.
- Österreichs Energiepreise für Nicht-Haushalte entwickeln sich besser als der EU-Vergleich.

2 – Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit in und mit Europa

Wir investieren in Menschen, Schlüsseltechnologien, Stärkefelder sowie Infrastruktur und bekennen uns zu einem industriellen Produktions- und Forschungsstandort Österreich. Wir nutzen die Chancen der EU-Handelspolitik konsequent für den Ausbau unserer Exportwirtschaft und die strategische Diversifizierung unserer Handelspartner. In diesem Zusammenhang nehmen wir eine starke Rolle in der Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der EU ein und koordinieren unsere Maßnahmen mit der Wirtschafts- bzw. Industriestrategie der EU.

- Die realen Bruttoanlageinvestitionen in Österreich steigen bis 2035 kontinuierlich auf über 3% des BIPs pro Jahr. Die Investitionen in Schlüsseltechnologien und Stärkefelder sowie in immaterielle Vermögenswerte werden gesondert ausgewiesen.
- Die reale Bruttowertschöpfung im servindustriellen Sektor steigt bis 2035 im mehrjährigen Schnitt um 3%.

3 – Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Innovationskraft

Wir fördern Forschung und Entwicklung, den Transfer von Know-how, Wissen und Technologie, Investitionen in materielle und immaterielle Assets, Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, sowie den Export von Produkten und Dienstleistungen. Wir entwickeln unsere traditionelle Industrie weiter und steigern gezielt den High-Tech-Anteil an der Gesamtwirtschaft. Hierfür forcieren und incentivieren wir mit einem Fokus auf ausgewählten Schlüsseltechnologien und Stärkefelder die Forschung an und die Produktion von High-Tech-Gütern. Diese sind in den globalen Lieferketten schwer zu ersetzen und tragen somit zur Resilienz unseres Industriestandorts bei. Ein hoher High-Tech Anteil führt zudem zu hoher Produktivität und stabilem Wachstum.

- Der Anteil der Industriesegmente im Bereich der 9 Schlüsseltechnologie- und Stärkefelder an der gesamten Industriewertschöpfung steigt kontinuierlich.
- Österreich schließt bei der Dynamischen Wettbewerbsfähigkeit gemäß OECD (Anteil der innovation-active firms) zur europäischen Spitze auf.
- Der Anteil von Venture Capital am BIP wird kontinuierlich mit dem Ziel einer Verdreifachung bis 2035 gesteigert.

4 – Ausbau wirtschaftlicher Resilienz des Standorts

Wir unterstützen den Zugang unserer Unternehmen zu knappen Ressourcen und die Absicherung ihrer internationalen Wertschöpfungsketten. Zentral ist, dass der österreichische Industriestandort hohe Widerstands- und Anpassungsfähigkeit gegenüber Krisen, Schocks und externen Abhängigkeiten aufweisen kann. In einer zunehmend volatilen Welt – geprägt von geopolitischen Spannungen, Lieferkettenrisiken und Energiekrisen – ist Resilienz entscheidend, um Produktion, Beschäftigung und Wertschöpfung langfristig zu sichern.

- Der Anteil aus Drittstaaten importierter kritischer Rohstoffe gemäß Critical Raw Materials Act – mit unzureichendem Angebot innerhalb der EU – am österreichischen Produktionswert wird nachhaltig gesenkt.
- Die Diversifiziertheit der Absatz- und Beschaffungsmärkte wird zunehmend gesteigert.

5 – Stärkung nachhaltiger und zirkulärer Produktion

Wir stärken die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft sowie die digitale und ökologische Transformation von Produktionssystemen. Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit werden miteinander in Einklang gebracht. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird signifikant beschleunigt und wir erreichen die im Regierungsprogramm gesteckten Klimaziele. Österreichs Industrie ist als Pionierin der ökologischen und digitalen Transformation weltweit erfolgreich. Dekarbonisierung und effizienter Ressourceneinsatz eröffnen Österreichs Industrie enormes Potential in einem internationalen Wachstumsmarkt, reduzieren Lieferkettenrisiken und unterstützen unsere Widerstandsfähigkeit.

- Die Ressourcenproduktivität (BIP im Verhältnis zu Materialeinsatz) des servindustriellen Sektors wird verbessert, mit dem Ziel zur Spitzengruppe innerhalb der EU aufzuschließen.
- Österreich verbessert sich bei der Zirkularitätsrate bis 2035 auf eine TOP3-Platzierung innerhalb der EU.

6 – Entwicklung des Fachkräftepotenzials

Wir stellen ausreichend Fachkräfte durch kontinuierliche Aus- und Weiterbildung sowie durch gezielte Anwerbung sicher. Unsere Fachkräfte sind der Garant für Innovationskraft und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit. Die europäische Mobilität von Fachkräften sowie internationale Fachkräfte sind für den Erfolg unseres exportorientierten Industriestandorts wichtig. Durch qualifizierte Zuwanderung ist unsere heimische Industrie langfristig wettbewerbsfähig.

- Die Deckung des Fachkräftebedarfs im servo-industriellen Sektor wird bis 2035 verbessert (Produktivitätsrat und AMS entwickeln hierfür einen geeigneten Indikator).
- Der Anteil der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Graduierten wird bis 2035 um 20 % gesteigert, der Frauenanteil bei Graduierten in technischen Fächern um zumindest weitere 5 % gegenüber der Zielsetzung der FTI-Strategie 2030.
- Die Zahl der Lehrstellen im servo-industriellen Sektor wird bis 2035 zumindest auf einem stabilen Niveau gehalten – ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Auf- und Ausbau von Lehrstellen im Bereich der Schlüsseltechnologien und Stärkefelder.

Schlüsseltechnologien und Stärkefelder auf einen Blick

Herzstück der Industriestrategie 2035 ist eine Schlüsseltechnologie-Offensive. Mit ihr setzt die Industriestrategie gezielt auf Technologiefelder mit hohem Innovations- und Wachstumspotenzial für Österreich. Die Förderung dieser Technologien bzw. Technologiegruppen soll den laufenden Strukturwandel unterstützen, Schlüsselkompetenzen unserer Industrie im Wettbewerb entwickeln, die Position unserer Industrie in internationalen Wertschöpfungsketten stärken und damit nachhaltig eine hohe Produktivität und wirtschaftliches Wachstum für unser Land sicherstellen.

Besondere Bedeutung für das Industrieland Österreich und seinen Weg zu einem resilienten und wettbewerbsfähigen High-Tech-Standort hat der Ausbau bestehender Stärkefelder sowie die Anwendung von zentralen Schlüsseltechnologien. Die Kombination mehrerer Technologien eröffnet zudem neue Wachstumschancen für unsere erfolgreichen Low- und Medium-Tech-Unternehmen.

Schlüsseltechnologien haben ein überdurchschnittlich hohes Potential für Spillover-Effekte. Sie erhöhen nicht nur die direkte Innovationskraft der Unternehmen, sondern auch Wissen, Qualifikationen und technologischen Fortschritt in angrenzenden Branchen und Wertschöpfungsketten. Dadurch entstehen Produktivitätssteigerungen, neue Geschäftsfelder und langfristige Wettbewerbsvorteile für den gesamten Industriestandort. Bestehende Stärkefelder der österreichischen Industrie wiederum zeichnen sich durch hohe Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, qualifizierte Fachkräfte und eine starke internationale Marktposition aus.

Aufbauend auf einer technologieoffenen Innovationsbasis werden wir zielgerichtete Maßnahmen zur Stärkung ausgewählter Technologien setzen. Ziel ist es, eine Spitzenposition bei ausgewählten Technologiefeldern – sowohl in bestehenden Stärkefeldern der heimischen Industrie als auch in neuen Bereichen – aufzubauen.

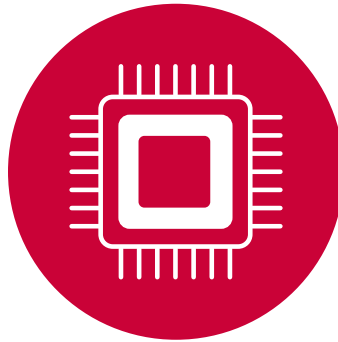
Zudem werden wir die Anwendung dieser Technologiefelder in unternehmerischen Prozessen forcieren. Unsere industriepolitischen Maßnahmen zielen auf den gesamten Innovationszyklus – von der Grundlagenforschung über angewandte Forschung & Entwicklung – ab. Dies umfasst den Technologietransfer in Richtung Anwendung, bis hin zur Skalierung und Optimierung der Produktionen und zur Qualifizierung der notwendigen Fachkräfte. In diesem Zusammenhang werden die Voraussetzungen für Technologiesprünge gezielt geschaffen sowie im Zuge europäischer und internationaler Foresight- & Analysevorhaben Zukunftstechnologien zur Erreichung von Wettbewerbsvorteilen frühzeitig unterstützt.

Die Bundesregierung definiert erstmalig nachfolgende Schlüsseltechnologien und Stärkefelder, die auch für die Transformation der Industrie von Bedeutung sind:



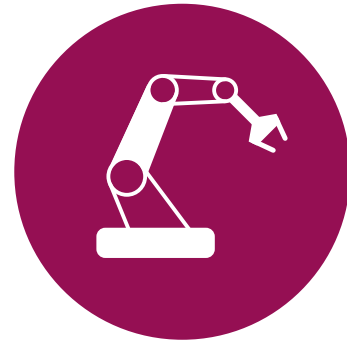
Künstliche Intelligenz und Dateninnovation

Künstliche Intelligenz (KI) ermöglicht es Maschinen, aus großen Datenmengen zu lernen, Muster zu erkennen, Vorhersagen zu treffen und komplexe Aufgaben automatisiert zu lösen – von der Erstellung von Texten und der Programmierung von IT-Anwendungen über zukünftige disruptive Fortschritte in der Robotik bis zur Qualitätskontrolle in der Industrie. Sie verändert grundlegende Prozesse in nahezu sämtlichen Branchen und führt zu enormen Produktivitäts- und Effizienzsprüngen. Der Einsatz Künstlicher Intelligenz bietet der heimischen Industrie die Chance – gerade vor dem Hintergrund des steigenden, internationalen Kostendrucks –, bislang ungenützte Effizienz- und Produktivitätspotentiale zu heben und dadurch Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen.



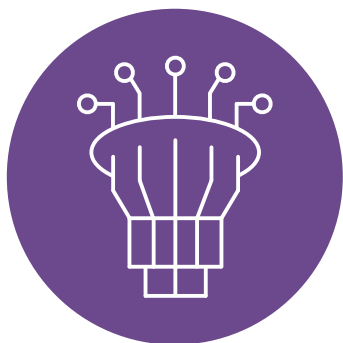
Chips, Elektronische Komponenten und Systeme

Chips, Halbleiter und elektronische Komponenten sind Rückgrat und Steuereinheit jeder modernen Technologie. Sie finden nicht nur in Smartphones und Computern, sondern ebenso in Produktionsmaschinen der Industrie oder der Medizintechnik Anwendung. Als unverzichtbarer, nicht-substituierbarer Grundbaustein sind sie für die technologische Innovation und digitale Souveränität jedes Landes entscheidend. Halbleiter sind die Basis für 50% des globalen BIPs und Österreich rangiert innerhalb der EU unter den TOP 4 Standorten in absoluten Zahlen und in Relation zur Einwohnerzahl auf Rang 1 (Gesamtwertschöpfung, Gesamtbeschäftigung, unternehmerische F&E-Ausgaben).



Fortgeschrittene Produktionstechnologien und Robotik

Moderne Produktionstechnologien, wie additive Fertigung („3D-Druck“), Automatisierung und Robotik, ermöglichen präzisere, flexiblere, effizientere und ressourcenschonendere Herstellungsprozesse. Sie verändern die industrielle Wertschöpfung grundlegend und sind für den Erhalt unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit entscheidend. Österreich weist in diesem Bereich Stärken basierend auf hoher Entwicklungs- und Erfindungskompetenz sowie eine hohe Exportaktivität auf.



Quantentechnologie und Photonik

Quantentechnologien und Photonik nutzen die besonderen Eigenschaften von Licht und Quanten zur Entwicklung von Quantencomputern, neuen Verschlüsselungsverfahren und Kommunikationsnetzen, hochpräziser Sensorik, Messverfahren sowie effizienter Fertigungsverfahren. Sie eröffnen völlig neue Leistungsdimensionen und machen Anwendungen möglich, die mit bisherigen Technologien nicht erreichbar wären. Speziell in der Forschung hat sich Österreich in die Weltspitze katapultiert – nun gilt es, das Potenzial für die wirtschaftliche Verwertung zu heben.



Fortgeschrittene Werkstoffe (Advanced Materials)

Neue Materialien wie ultraleichte Verbundwerkstoffe, selbstheilende Polymere, multifunktionale Biomaterialien oder Hochleistungslegierungen verbessern Leistungsfähigkeit, Haltbarkeit und Nachhaltigkeit von Produkten in unterschiedlichsten Industriezweigen – von der Metallverarbeitung über die Anwendung in der Medizin- und Energietechnik bis zum Fahrzeugbau sowie der Luft- und Raumfahrt. Werkstofftechnologien gehören zu den ausgewiesenen Stärken Österreichs, mit einem hohen Grad an Spezialisierung.



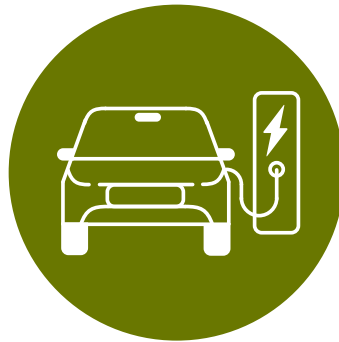
Life-Sciences & Biotech

Life-Sciences und Biotechnologien entwickeln neue Medikamente, Diagnostikmethoden, biobasierte Materialien oder nachhaltige Produktionsverfahren. Sie sind von enormer Bedeutung, da sie Lösungen für zentrale Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit und Ernährung bieten und darüber hinaus wichtige Schnittstellen zu Produktions- und Umwelttechnologien darstellen. Österreich fördert den Bereich Life-Sciences und Biotech seit über 20 Jahren und verfügt über eine exzellente Forschungslandschaft (z. B. Vienna Biocenter) sowie international herausragende Unternehmen.



Energie- und Umwelttechnologien

Energie- und Umwelttechnologien - für die Umwandlung, Speicherung und der Transport verschiedenster Energieträger, Realisierung moderner Lösungen für die Kreislaufwirtschaft, für Gebäude und Städte sowie für CO₂-Managementsysteme – leisten einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung unserer Versorgung und Produktion. Die Reduktion unserer Abhängigkeit von globalen Ressourcenströmen und Lieferketten, die Effizienz, Resilienz und Sicherheit unserer Versorgungssysteme, ihr Impact auf Umwelt, Klima und Gesellschaft und andere Standortfragen hängen entscheidend von der Entwicklung nachhaltiger Lösungen ab. Gleichzeitig weist Österreichs Industrie im Bereich der Energie- und Umwelttechnologien einen hohen Grad an Spezialisierung auf. Die weitere Fokussierung auf diesen Bereich stärkt unsere Position in internationalen Wertschöpfungsketten und als Anbieter konkurrenzfähiger Produkte auf globalen Märkten.



Mobilitäts-technologien

Innovative Mobilitätstechnologien umfassen in der Anwendung etwa vernetzte Verkehrssysteme, automatisierte Fahrzeuge, emissionsarme Antriebe oder Fahrzeugleichtbau. Sie tragen maßgeblich zur Transformation hin zu einer effizienteren, sichereren und klimafreundlicheren Mobilität bei und weisen starke Verknüpfungen zu Energie-, Material- und Digitalisierungstechnologien auf. Zukunftsweisende Mobilitätstechnologien sind insbesondere für den langfristigen Erfolg der automobilen Zulieferindustrie und Bahnindustrie in Österreich – zentrale Industriezweige des Landes – entscheidend.



Weltraum- und Luftfahrttechnologien

Weltraum- und Luftfahrttechnologien treiben Innovationen bei der Entwicklung und dem Bau von Satelliten, bei der Weltraumforschung und im Flugverkehr voran. Die dabei entwickelten Technologien und Dienstleistungen finden in zahlreichen weiteren Sektoren Anwendung – etwa bei Energiesystemen, Verkehrssystemen, Kommunikation. Sie beeinflussen unterschiedlichste Technologiefelder und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Sicherheit und Verteidigung. Österreich verfügt über einen hochspezialisierten Luft- und Raumfahrtsektor, in dem rund 300 Unternehmen und Forschungseinrichtungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene tätig sind.

Schlüsseltechnologie-Fokus im FTI-Pakt

Die Bundesregierung stellt bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2029 durch Fokussierung im FTI-Pakt rund 2,6 Milliarden Euro für Schlüsseltechnologien und Stärkefelder in den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation bereit. Die Maßnahmen der Schlüsseltechnologie-Offensive sind im Sinn einer industriepolitischen Querschnittsmaterie für alle Handlungsfelder der Industriestrategie 2035 relevant.

Maßnahmen →

01

„Mission Statements“ Agenturen

Klare und neue „Mission Statements“ für Agenturen des Bundes sowie die Justierung ihrer Förder- und Beratungsportfolios unterstützen aktives Standortmarketing dabei, internationale Unternehmen sowie Investitionen insbesondere in Schlüsseltechnologiebereichen nach Österreich zu bringen. Dafür werden folgende Schritte gesetzt:

- Aufbauend auf der Förderung von themenoffenen Programmen als Basis sollen sich die nationalen Förderinstrumente der zentralen Forschungsförderungseinrichtungen (gemäß FoFinaG) an den Schwerpunktsetzungen der Industriestrategie 2035 im Bereich der Schlüsseltechnologien orientieren und europäische Fördertöpfe bestmöglich nutzen.
- Ausgewählte, gut funktionierende Förderprogramme von FFG und aws werden zusätzlich auf Schlüsseltechnologien ausgerichtet.
- Die Forschungsförderung wird effizienter, transparenter und serviceorientierter gestaltet. Ziel ist die Erhöhung der Durchlässigkeit im Datenmanagement (z. B. Once-Only-Prinzip, Prüfung von LumpSum-Förderungen). Die Etablierung von No-Stop-Shop-Verfahren ermöglicht die automatische Weiterleitung behördlicher Daten an Förderstellen und die automatische Prüfung einer Reihe von formalen Förderfähigkeitsbedingungen bei Förderprogrammen für Unternehmen.
- Die Austrian Business Agency (ABA) wird zur zentralen Servicestelle für internationale Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben sowie für die Anwerbung von internationalen Fachkräften weiterentwickelt. Der Fokus soll dabei auf zielgerichtetes Standortmarketing in Wachstumsmärkten, eine Neuausrichtung von Invest in Austria sowie den Schlüsseltechnologiebereich gelegt werden. Dabei werden Synergieeffekte mit der Internationalen Fachkräfteoffensive der WKO hergestellt.

02

Beschleunigte Verfahren für Schlüsseltechnologien

Genehmigungsverfahren für Projekte im Bereich der Schlüsseltechnologien werden mittels Fast Track-Verfahren abgewickelt. Ein Schlüsseltechnologie-Be-



beschleunigungsgesetz nach Vorbild des Net Zero Industry Acts wird vorgelegt und umfasst klare Fristvorgaben für die Genehmigung von Schlüsseltechnologie-Projekten, One-Stop-Shops sowie verkürzte Fristen für strategisch bedeutsame Projekte.

03 Schaffung eines FFG-Schlüsseltechnologieprogramms für Leitbetriebe

Über die FFG wird ein neues Förderinstrument nach finnischem Vorbild für den Aufbau von Ökosystemen im Bereich der Schlüsseltechnologien rund um zentrale Leitbetriebe entwickelt. Ziel ist es, den gesamten Innovationsprozess der Unternehmen entlang von Meilensteinen (stagegate funding) bis zu Pilotierung zu begleiten und Innovationskooperationen mit Forschungs- und Unternehmenspartnern zu etablieren. Dies unterstützt die regionale Zusammenarbeit sowie die vertiefte Integration der Wertschöpfungsketten.

04 Schlüsseltechnologie Standortpaket

Um die industrielle Anwendung von Schlüsseltechnologien zu beschleunigen, wird über die aws 2026 ein Zuschussprogramm für Schlüsseltechnologien und Stärkefelder aufgesetzt. Ziel ist es, Pilot- & Investitionsvorhaben zur Anwendung dieser Technologien zu incentivieren und eine rasche Implementierung der Technologien in unternehmerische Prozesse – insbesondere der Produktion – zu forcieren.

05 Ökosysteme, Innovations-Hubs und Cluster für Schlüsseltechnologien

Die Bunderegierung wird in Schlüsseltechnologie-Bereichen den Auf- und Ausbau von industriellen Ökosystemen, Innovations-Hubs und Clustern unterstützen. Ziele sind die nationale und internationale Vernetzung von Forschenden, Startups, KMU und Industrie sowie die Unterstützung der Integration von Schlüsseltechnologien in industrielle Kernprozesse sowie skalierbare Geschäftsmodelle. Insbesondere bei öffentlich kofinanzierter Forschungs- und Technologieinfrastruktur soll eine transdisziplinäre Nutzung u.a. durch Kooperation sichergestellt werden. Dies gilt auch für die AI Factory und eine mögliche AI Gigafactory.

06 Teilnahme an neuem IPCEI Advanced Semiconductor Technologies

Mit der Teilnahme am neuen Important Project of Common European Interest für fortschrittliche Halbleitertechnologien (IPCEI-AST) werden transnationale Kooperationen von der angewandten Forschung, Entwicklung und Innovation bis zur erstmaligen industriellen Umsetzung gestärkt. Ziel ist der Ausbau von Know-how und Technologieführerschaft am Standort Österreich im Bereich der Halbleitertechnologien. Eine EU-Kofinanzierung im Rahmen des European Competitiveness Fund (ECF) wird angestrebt.

07

Weltraum als industrielles Chancenfeld

Die österreichische „Weltraum-Landschaft“ ist durch eine hoch kompetitive Zulieferindustrie aus zahlreichen dynamischen Klein- und Mittelunternehmen sowie eine zunehmende Anzahl an Start-ups und etablierten Forschungseinrichtungen geprägt. Durch eine neue Schwerpunktsetzung ist es gelungen, den österreichischen Beitrag bei der ESA für die Periode 2026 bis 2028 auf 340 Millionen Euro zu erhöhen. Die Bundesregierung setzt sich auch weiterhin für ein ausreichend hohes Zeichnungsvolumen ein. Schlüsseltechnologien, wie z. B. weltraumtaugliche Chips, KI und Quanten spielen auch im Weltraumbereich eine entscheidende Rolle.

Verantwortungsvoller Wandel

Die neue Industriestrategie der österreichischen Bundesregierung unterstützt verantwortungsbewusst die soziale wie auch wirtschaftliche Verträglichkeit der Anpassungsprozesse in der heimischen Industrie mit wichtigen Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Qualifizierung sowie der zielgerichteten Förderung neuer zukunftsfähiger Wachstumsbereiche in der Industrie. Wir bekennen uns zu einem fairen und ökologischen Wandel und zu neuen Chancen für alle. Der absehbare Strukturwandel trifft dabei die gesamte Wertschöpfungskette. Der Faktor Arbeit wird in seiner Anpassungsfähigkeit zukünftig stärker als bisher gefordert sein.

Um das Zielbild eines wettbewerbsfähigen und resilienten Industriestandorts 2035 konsequent zu erreichen, setzt die Bundesregierung gezielte Maßnahmen in zentralen Handlungsfeldern. Die in der Folge vorgestellten Schwerpunkte umfassen das zentrale Thema der Schlüsseltechnologien und Stärkefelder sowie andere wesentliche industriepolitischen Akzentsetzungen.



1

Handlungsfeld

Forschung, Technologie & Innovation



Strategische Ziele Forschung, Technologie & Innovation

- Wachstumspotenziale der Industrie durch neue Schwerpunktsetzungen im FTI-Bereich stärken
- Technologie-Transfer in die industrielle Anwendung strukturell verbessern
- Aufbau und Sicherung von geistigem Eigentum
- Skalierung und Optimierung der Produktion

Österreich hat sich als Industrieland mit langer Forschungstradition, leistungsfähiger Infrastruktur und hochqualifizierten Fachkräften über die letzten Jahrzehnte zu einem starken Innovationsstandort entwickelt. Um unsere Top-Position im FTI-Bereich langfristig abzusichern und auszubauen, braucht es zukunftsorientierte Rahmenbedingungen und Maßnahmen. Der Wachstumspfad in den FTI-Pakten wird in diesem Zusammenhang bis 2035 langfristig fortgesetzt, um Österreich als starken und attraktiven Innovationsstandort nachhaltig zu positionieren.

Nur ein höherer Innovationsoutput sichert uns in Österreich nachhaltig mehr Produktivität, Wertschöpfung und Wachstum. Ein besonderer Fokus liegt in diesem Zusammenhang auch auf der Stärkung und Geschwindigkeit des Technologietransfers von der Forschung in die

Industrieanwendung sowie auf der Skalierung von Start-ups als künftige Industrieunternehmen. Durch die Stärkung der direkten und indirekten Forschungsförderung sollen insbesondere Industrieunternehmen zu mehr Forschung & Entwicklung motiviert werden, um das 4% Ziel im Bereich der gesamtösterreichischen F&E-Quote – wie im Regierungsprogramm verankert – auch zu erreichen.

Mit einer hohen F&E-Quote, einem hohen Anteil an MINT-qualifizierten Fachkräften, einer besseren Verwertung von Forschungsergebnissen in Österreich und unserer verstärkten Teilnahme an europäischen F&E-Initiativen können wir unser Ziel erreichen, zu einem Top-Innovationsstandort in Europa zu werden. Mit seinen Innovationsökosystemen zieht der Standort Österreich schon heute verstärkt internationale Innovatoren, Investoren und Talente an. Starke Vernetzung von Wissenschaft, Verwaltung und Industrie sowie moderne, innovationsfreundliche Regulatorik liefern wichtige Unterstützung, damit in Österreich aus innovativen Ideen mehr erfolgreiche Produkte und Lösungen werden.

Transformationsoffensive

Die Triple Transition – die gleichzeitige ökologische, digitale und soziale Transformation – prägt Gegenwart und Zukunft der österreichischen Industrie.

Die erfolgreiche, proaktive Gestaltung der Triple-Transition ist entscheidend für die langfristige Zukunftsfähigkeit Österreichs. Die Beiträge von Forschung, Technologieentwicklung und Innovation sind dabei unverzichtbar. Sie ermöglichen neue Lösungen und technologische Durchbrüche, unterstützen die notwendigen Anpassungsprozesse in der Industrie und helfen, neue Chancen nutzbar und verwertbar zu machen. Gleichzeitig stärkt FTI die soziale Dimension der Transformation durch Qualifizierung und Kompetenzaufbau.

Gerade bei Spitzentechnologien zur Erreichung der Klimaneutralität hat Österreich im internationalen Vergleich technologische Stärkefelder. Auf diesen Stärken aufbauend, werden die FTI-Initiativen und Investitionsprogramme für die Energie-, Ressourcen- und Mobilitätswende, sowie für eine zukunftsfähige Industrie kraftvoll weitergeführt.

Spitzenleistungen im Bereich von Mobilitäts-, Energie- & Umwelt- und Digitalisierungstechnologien sind für uns ein wesentlicher Teil der Transformations-Offensive. Deren Entwicklung und Überleitung in den breiten Einsatz werden wir in engem Zusammenwirken mit unserer Offensive im Bereich der Schlüsseltechnologien mit einem breiten Maßnahmenmix unterstützen.

Für die Transformationsoffensive werden bestehende und neue Instrumente bestmöglich aufeinander abgestimmt und über die FTI-Pakte sowie in Zusammenschau mit den Maßnahmen des Klima- und Energiefonds umgesetzt.

Maßnahmen →

08 Zukunftorientierte Stärkung der technologischen Basis und von Wertschöpfungsketten am Standort

Die Förderung von FTI wird auf strategisch wichtige und für die Transformation zentrale Technologiefelder – insbesondere innerhalb der Mobilitäts-, Energie- und Umwelt, Weltraum- und Luftfahrttechnologien – sowie auf den Aufbau entsprechender FTI-Ökosysteme fokussiert.

09 Vorantreiben von Systeminnovationen für die Transformation

Die Neuausrichtung der FTI-Maßnahmen wird in den Fokusbereichen zukunftsfitte Bauen und Pionierstädte, grüne Energie- und Mobilitätstechnologien, zukunftsfitte und klimaneutrale Industrie und Produktion durch breite, systematische Integration der Prinzipien der Kreislaufwirtschaft gestärkt.



10**Transformation der Industrie**

Der Industriestandort Österreich wird gestärkt und die Arbeitsplätze in der Industrie gesichert, indem Forschung und Technologieentwicklung für die „Transformation der Industrie“ gezielt gefördert werden. Das Förderprogramm unterstützt die österreichische produzierende Industrie bei der Entwicklung, Fertigungsvorbereitung und Erprobung von innovativen zukunftsfähigen Netto-Null-Technologien, um ihre Marktchancen im internationalen Umfeld zu erhöhen. Das inkludiert die zukünftigen Kompetenzen und Skills, die Arbeitnehmende in den Unternehmen benötigen, wenn neue Technologien und Prozesse nicht nur erprobt, sondern auch skaliert werden. Transformation ist gerecht und sozial zu gestalten, damit Innovation als Basis einer wettbewerbsfähigen Industrie vollständig wirksam wird.

11**Investitionsturbo für Neuansiedelungen & Transformation**

Um internationale Neuansiedelungen und wichtige Anreize für Investitionen in Transformationsprojekte in den Bereichen Digitalisierung und Ökologisierung zu setzen, wird das Förderprogramm TWIN-Transition über die aws weiterentwickelt und neu aufgesetzt.



Stärkung des Technologietransfers

Um heimische Stärkefelder in der Grundlagenforschung, speziell auch in Schlüsseltechnologie-Bereichen, für den Industriestandort Österreich noch besser nutzbar zu machen und gewonnenes Know-how in den Markt überzuführen, stärken wir die Voraussetzungen für den Technologietransfer und die Innovationspipeline. Start-ups, Scale-ups und Spin-offs sind dabei wichtige Impulsgeber und innovative Partner für bestehende Industrieunternehmen – und gleichzeitig potenzielle Industrieunternehmen von morgen.

Maßnahmen →

12

Weiterentwicklung der Forschungsprämie als wichtiger Standortfaktor

Um Österreich als starken Forschungsstandort weiter international zu positionieren, wird die Forschungsprämie als Standortfaktor zielgerichtet weiterentwickelt. Gleichzeitig wird die Bürokratie in der Forschungsprämie reduziert und an moderne Entwicklungszyklen angepasst.

13

Technologietransfer in Universitäts-Leistungsvereinbarungen verankern

Gemeinsam mit dem BMFWF werden in den Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten der Technologietransfer- und Spin-off-Maßnahmen sowie Entrepreneurship-Education über alle Fachbereiche hinweg gestärkt. Der verpflichtende Aufbau wirksamer und umfassender Technologietransfer-Maßnahmen soll damit nach dem Vorbild der TU München erfolgen. Es ist dabei auf die notwendigen Synergien durch enge Zusammenarbeit im System sowie kritische Größen und Expertise zu achten.

14

Stärkung der CDG als Innovationspipeline und Fachkräfteschmiede für die Industrie

Die Finanzierung der Christian-Doppler Forschungsgesellschaft (CDG) – als zentrale Brückenbauerin zwischen Hochschulen und Industriebetrieben – wird im Zuge des FTI-Pakts 2027–2029 gezielt weiterentwickelt. Die CDG wird künftig mit einem konsequenten Fokus auf zentrale Schlüsseltechnologien und Stärkefelder ausgebaut und gestärkt neu ausgerichtet und die Finanzierung gestärkt.

15

Künftige Industriebasis stärken

Gut funktionierende Förder- und Beratungsmaßnahmen im Bereich der Unternehmensgründung und -skalierung (z. B. Spin-off Fellowships, Preseed, Seedfinancing) sowie die Schaffung von zentraler Infrastruktur entlang

Schlüsseltechnologiebereichen, wie zum Beispiel Shared Lab Spaces, werden zum langfristigen Aufbau neuer Industrieunternehmen gezielt gestärkt.

16 **Zugang zu internationaler und europäischer Forschungs- und Technologieinfrastruktur**

Der Zugang der Industrie zu europäischer und internationaler Forschungs- und Technologieinfrastruktur wird – gekoppelt mit Initiativen zur Errichtung solcher Infrastrukturen in Österreich und der Ermöglichung entsprechender Synergien – unterstützt.

17 **Hebelung nationaler Fördermittel über EU-Programme**

Die geplante Aufstockung von Horizon Europe ab 2028 und der neue European Competitiveness Funds bieten eine enorme Chance, nationale Fördermittel mit europäischen Mitteln zu hebeln. Nationale Fördercalls sollen zielgerichtet durch transnationale Calls (z. B. mit EUREKA-Ländern) ergänzt werden. Dies stellt eine rasche Diffusion von Ergebnissen in verschiedenen Schlüsseltechnologie- und Anwendungsbereichen sicher und erleichtert den Marktzugang für österreichische Unternehmen im Ausland. Sehr gut jurierte EU-Projekte, die mangels Budget auf EU-Ebene nicht finanziert werden können, können durch nationale Förderagenturen, wenn zweckmäßig, künftig rasch und unbürokratisch unterstützt (z. B. Seal of Excellence Förderung).

18 **COMET-Zentren für Schlüsseltechnologien**

Die Competence Centers for Excellent Technologies (COMET-Zentren) für anwendungsorientierte Spitzenforschung auf höchstem Niveau zeichnen sich durch die Kooperation zwischen Unternehmen und Forschungsinstituten aus. Sie gelten als internationales Best Practice Beispiel der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft. Die COMET-Zentren werden künftig noch stärker auf die Verwertung, Umsetzung und Skalierung von Forschungsergebnissen ausgerichtet. Bei den COMET-Module Ausschreibungen wird der ein neuer und zielgerichteter Schwerpunkt Fokus künftig auf die weitere Stärkung von Schlüsseltechnologien und bestehenden Stärkefeldern gelegt.

19 **Marktnahe Förderungen**

Insbesondere marktnahe Förderungen sollten primär problem- bzw. markt-orientierte Projekte fördern, welche ein hohes Entwicklungsrisiko aufweisen. Damit muss eine höhere Flexibilität in der projektspezifischen Findung eines Lösungswegs verbunden sein. Der Fokus der FFG-Basisprogramme auf Projekte mit hohem technologischem Anspruch und konkretem Verwertungspotenzial wird gestärkt.

20 **Novellierung Patentgesetz & Sicherung von geistigem Eigentum**

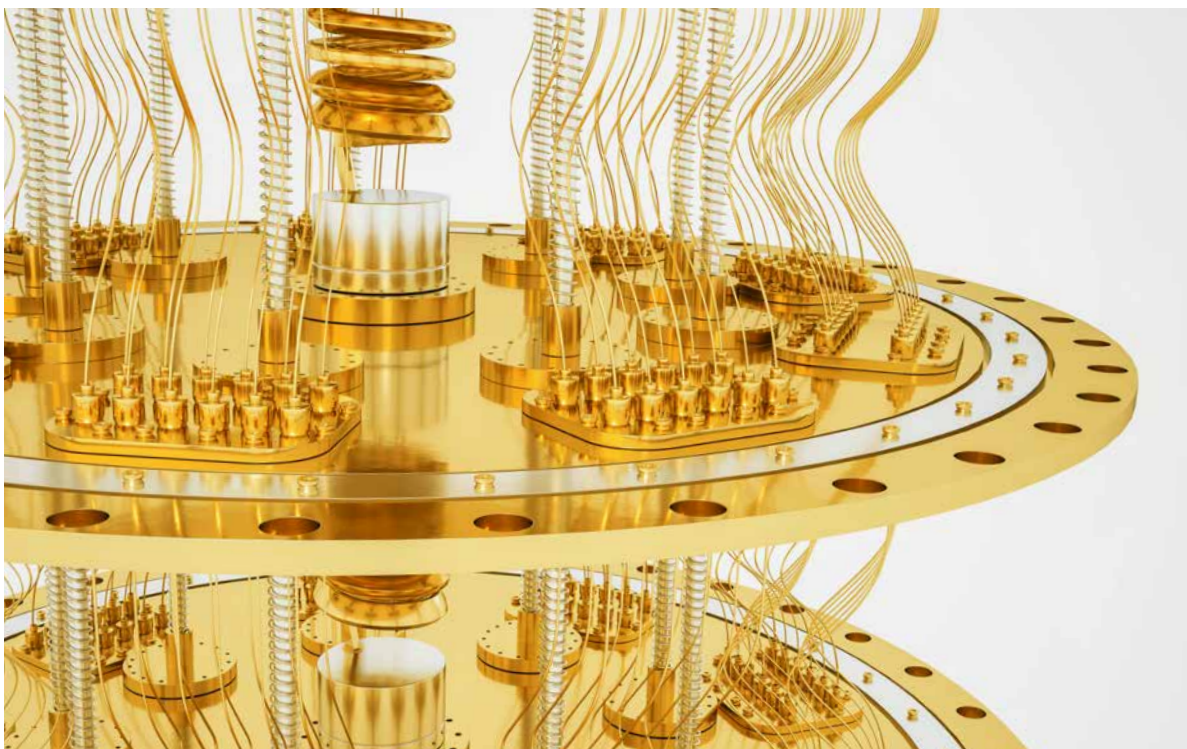
Die Novellierung des österreichischen Patentgesetzes schafft Anreize für Innovation. Die Förderung und Finanzierung von IP-Schutz spielt eine wichtige Rolle in den Schwerpunktthemen der Transformation. Die Möglichkeit der

Aktivierung selbst geschaffener und genutzter IP als bilanzierbarer Vermögenswert im Unternehmensgesetzbuch (UGB) wird umgesetzt. Zusätzlich werden Maßnahmen zur Akzeptanz von immateriellen Vermögenswerten zur Kreditbesicherung evaluiert.

21

MINT-Qualifizierung

Exzellente aus- und weitergebildete Arbeitskräfte in MINT-Feldern werden durch die Umsetzung des MINT-Aktionsplans und wissenschaftliche Qualifizierungen sichergestellt. Als neues innovatives Tool zur Berufsorientierung werden MINT-Praxistage etabliert, um mehr junge Talente – und insbesondere Frauen – für Bildungs- und Berufswege in Schlüsseltechnologien zu begeistern.



Innovationsräume für Schlüsseltechnologien

Österreichs Industrie braucht mehr Raum für Innovationen. “Regulatory Sandboxes” bieten Unternehmen in Zukunft die Möglichkeit, innovative Ideen, neuartige Prozesse, Produkte und Geschäftsmodelle in einer kontrollierten Umgebung unter Aufsicht der Regulierungsbehörden zu testen. Testumgebungen dienen dabei nicht nur der Erprobung von Innovationen am Markt, sondern unterstützen auch die Weiterentwicklung der Gesetzgebung. Sie ermöglichen es der öffentlichen Hand, optimale Regularien zu entwerfen, um die erfolgreiche Markteinführung von innovativen Produkten zu fördern. Für Österreich als Schlüsseltechnologie-Standort spielen regulatorische Experimentierräume eine besonders wichtige Rolle.

Maßnahmen →

22

Experimentierräume für Schlüsseltechnologien

Regulatorische Experimentierräume werden rechtlich geregelt und ermöglicht. Dadurch können künftig innovative Dienstleistungen und Produkte aus der industriellen Fertigung im Bereich der Schlüsseltechnologien und Stärkefelder erprobt werden (z. B. im Bereich KI-gestützter Qualitätskontrollen in der Produktion und in der Bauwirtschaft oder zirkulärer und biobasierter Geschäftsmodelle). Ein klarer zeitlich begrenzter rechtlicher Rahmen mit Monitoring, unter Einbindung der regulierenden Behörde und der Einhaltung hoher Schutzstandards sichert Vertrauen und Verlässlichkeit. Regulatorische Experimentierräume sollen gezielt Synergien zwischen Forschung, Industrie und Regulierung ermöglichen und Österreichs technologische Souveränität stärken.

2

Handlungsfeld

Energie





Strategische Ziele Energie

- Wettbewerbsfähige Energiepreise für die Industrie sichern
- Beschleunigter Ausbau von erneuerbaren Energieträgern
- Transformation hin zu Zukunftstechnologien aktiv gestalten

Für Industrieunternehmen ist eine sichere Energieversorgung zu international konkurrenzfähigen Preisen eine zentrale Voraussetzung für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Auch energieintensive Produktionen bzw. spezielle energieintensive industrielle Anwendungen wie z. B. KI, Automatisierung oder Datenverarbeitung, sollen am Standort Österreich Zukunft haben. In diesem Zusammenhang streben wir einerseits Strukturreformen am österreichischen und europäischen Energiemarkt an und treiben andererseits die globale Diversifizierung der Energie-Importe Österreichs konsequent voran.

Wir setzen die Energiewende gemeinsam mit der Industrie um und sorgen damit für Planungs- & Investitionssicherheit. Der notwendige Ausbau der Energienetze wird dabei möglichst effizient umgesetzt. Mit der ambitionierten Umsetzung der österreichischen Wasserstoff-Strategie stellen wir zudem sicher, dass wir die Potenziale dieser Zukunftstechnologie für unseren Industriestandort nutzen. Für den Ausbau erneuerbarer Energien sind beschleunigte Genehmigungsverfahren zentral.

International wettbewerbsfähige Energiepreise

Unser Ziel ist ein Energiesystem, das Unternehmen die notwendige Planungssicherheit bietet, Investitionen ermöglicht und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert. Österreichische Unternehmen tragen im internationalen Vergleich höhere Strompreise und Abgabenkomponenten. Deshalb schaffen wir die Rahmenbedingungen für Industriestrompreise auf einem international konkurrenzfähigen Niveau und beschleunigen gleichzeitig den Ausbau erneuerbarer Erzeugung, Speicher- und Netzinfrastruktur.

Für wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit setzen wir uns auch auf EU-Ebene für wichtige energiepolitische Prioritäten ein:

- Österreich trägt aufgrund seiner Lage in Zentraleuropa überdurchschnittliche Transitlasten, ohne angemessene finanzielle Kompensation. Daher soll die Infrastrukturkomponente im ITC proportional zum tatsächlichen Transit deutlich erhöht werden. Einnahmen müssen zweckgebunden in den Netzausbau entlang der Transitzkorridore fließen.
- Die EU-Kommission muss die paneuropäische Netzplanung stärken, finanzielle Mittel zur Versorgungssicherheit Europas hierfür bereitstellen, Engpässe rasch beheben und TEN-E-Projekte nur aus zwingenden Gründen entfallen lassen. Ein paneuropäisches sicheres Netz schafft Unabhängigkeit und senkt Energiepreise.
- Hohe Redispatch- und Engpasskosten entstehen durch unkoordinierten Netzausbau und starre Gebotszonenpolitik, z. B. zwischen Deutschland und Österreich. Um die Kosten zu senken, soll die Möglichkeit temporärer Ausnahmen von der 70%-Kapazitätsregel geschaffen werden.
- Das rasche Inkrafttreten der überarbeiteten CACM-Verordnung soll Wettbewerb bei Energiebörsen ermöglichen, Kosten senken und Innovation fördern.



23

Verlängerung SAG und Einführung Industriestrompreis

Wir führen ab 2027 neben einer Verlängerung des Standortabsicherungsgesetzes (SAG) einen Industriestrompreis nach deutschem Vorbild ein. Für die Hälfte des Verbrauchs kann der Strompreis auf bis zu 5 Cent pro kWh gesenkt werden. Damit werden wettbewerbsfähige Energiepreise für Österreichs Industrie und somit Planungssicherheit gewährleistet. Hierfür stehen 250 Millionen Euro p.a. zur Verfügung. Dies gewährleistet faire Wettbewerbsbedingungen mit Deutschland als wichtigstem Wettbewerbs- und Handelspartner sowie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Standorte insbesondere für energieintensive Branchen.

24

Senkung der Elektrizitätsabgabe

Um die immer noch hohen Kosten für Elektrizität auch für Wirtschaft und Industrie deutlich zu senken, wurde die Elektrizitätsabgabe für das Jahr 2026 halbiert.

25

Stärkung heimischer Energieproduktion

Die heimische Energieproduktion leistet einen wichtigen Beitrag zur österreichischen Versorgungssicherheit sowie zur Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie. Durch die Nutzung regionaler Energie-Ressourcen, wie heimische Gasvorkommen, werden Transportwege verkürzt, und die Abhängigkeit von Importen angesichts geopolitischer Unsicherheiten verringert. Gleichzeitig schafft die heimische Produktion hochwertige Arbeitsplätze, fördert Innovationen und stärkt die Wertschöpfung im Land.

26

Netzinfrastuktur-Finanzierung und Dämpfung der Netzkosten

Die günstige Finanzierung des für die Netzinfrastuktur nötigen Eigen- und Fremdkapitals wird durch staatliche Garantien, Mezzaninkapital, Herabsetzung der EK-Quote und Verlängerung der Abschreibedauer für Netzinfrastukturprojekte ermöglicht. Darüber hinaus soll der Einsatz von PPPs sowie europäischen Finanz- und Fördermitteln geprüft werden. Weitere Maßnahmen sind die gemeinsame Beschaffung der Netzbetreiber sowie die Koordinierung zwischen dem Ausbau der Stromerzeugung und Netzausbau („digitaler Zwilling“). Es werden alle Flexibilisierungsmöglichkeiten im Netzbereich genutzt und die rasche Digitalisierung der Netzinfrastuktur vorangetrieben.

27

Modernisierung des Energiesystems für Versorgungssicherheit

Für eine umfassende Modernisierung des österreichischen Energiesystems im Sinne der Versorgungssicherheit wird ein effizienter abgestimmter Netzausbau forciert, der Produktion, Speicherung und Verbrauch optimal koordiniert.

- Dazu wird der Österreichische Netzinfrastukturplan (ÖNIP) unter enger Einbeziehung der Industrie weiterentwickelt. Ziel ist, den Kostenauftrieb



- bei den Netzkosten deutlich zu senken, das Förderwesen auf notwendige Unterstützung zu beschränken und die Fördereffizienz weiter zu steigern.
- Kraftwerkstrategie: Weiters ist der strategische Ausbau und Aufbau zusätzlicher flexibler Erzeugungskapazitäten zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit notwendig. Dies umfasst auch die Prüfung moderner hocheffizienter und H₂-ready-KWK-Gaskraftwerkslösungen sowie die Nachrüstung bestehender Gaskraftwerke auf Wasserstofftauglichkeit unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit.
 - Eine systematische Analyse aller großen österreichischen Fließgewässer soll Potentiale für zusätzliche erneuerbare Erzeugungskapazitäten aus Wasserkraft sowie die Revitalisierung bestehender Wasserkraftwerke identifizieren. Außerdem sollen Möglichkeiten für Pumpspeicherkraftwerke-Standorte zur Stärkung der Speicherinfrastruktur geprüft werden.
 - Auch der Ausbau von Speicherkapazitäten ist zentral für die Netzstabilität sowie die Dämpfung der Kosten für den Netzausbau und die Stromerzeugung.
 - Ergänzend werden Potenziale für zusätzliche erneuerbare Erzeugung an strategisch relevanten Standorten evaluiert, beispielsweise eine Analyse der Potentiale für Wasserkraftwerke in österreichischen Flüssen.

Damit wird die Grundlage für ein Energiesystem geschaffen, das die wachsenden Bedarfe einer elektrifizierten und technologisch anspruchsvollen Industrie und die steigende Nachfrage nach Digitalisierung (wie z.B. den zunehmenden Einsatz von KI-Rechenzentren) zuverlässig decken kann. Ebenso soll die effiziente Abwärmenutzung bei Rechenzentren zur Dekarbonisierung der Fernwärme mitgedacht werden.

28

Verlängerung Freizertifikate

Österreich setzt sich auf europäischer Ebene für eine Verlängerung der Zuteilung von CO₂-Gratiszertifikaten im Emissionshandel über 2034 hinaus und für ein entsprechendes Abflachen des Pfades im Zeitraum 2028–2030 ein. Der CBAM soll zu einem wirkungsvollerem, WTO-konformen Werkzeug ausgebaut werden, um den Schutz vor Carbon Leakage sicherzustellen und zeitgleich eine Schlechterstellung von europäischen Unternehmen gegenüber nicht-europäischen Unternehmen zu verhindern.

29

Überarbeitung Merit-Order

Die Bundesregierung setzt sich auf europäischer Ebene für die Überarbeitung des europäischen Preisbildungsmechanismus (Merit-Order) ein, mit dem Ziel eine stabile Preisgestaltung zu etablieren.



Beschleunigter Erneuerbaren-Ausbau

Das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz (EABG) bringt

- beschleunigte und vergünstigte Ausbauprojekte durch ein effizientes, vollkonzentriertes Verfahren
- bundesweit einheitliche Vorschriften für Anlagen erneuerbarer Energie
- die weitreichende Anwendung beschleunigter Verfahren und Genehmigungsfreistellungen
- Online-Kundmachung als neuen Standard
- überragendes öffentliches Interesse für erneuerbare Energieprojekte in der Güterabwägung



Stromzukunft sicher gestalten

Durch die Umsetzung des Günstiger-Strom Gesetzes werden wesentliche Vorteile für den Industriestandort erzielt:

- Speicherung ist ausdrücklich neben Erzeugung, Übertragung, Verteilung und Aggregation Regelungsgegenstand – Speicher werden damit als eigenständige Marktaktivität anerkannt.
- Eine klare Regelung zu Energiespeicheranlagen und unter welchen Bedingungen Netzbetreiber selbst Speicher betreiben dürfen, schafft Rechtsklarheit für Business-Cases rund um Speicher
- Übertragungsnetzbetreiber müssen Systemdienstleistungen auch aus Laststeuerung und Energiespeicheranlagen beschaffen – Speicher werden damit als reguläre Quelle für Netz- und Systemdienstleistungen etabliert.
- Im Netzentwicklungsplan sind das Potenzial von Laststeuerung und Energiespeicheranlagen als Alternative zum klassischen Netzausbau sowie geeignete Standorte für systemdienliche Speicher zu berücksichtigen – Speicher werden damit planungsrechtlich „eingepreist“.
- Regelungen, dass dem Netzbenutzer keine ungerechtfertigten Nachteile bei Eigenversorgung und Systemnutzungsentgelten entstehen und Doppelverrechnungen ausgeschlossen werden, sind zentral für wirtschaftliche Speicher- und PV-Eigenverbrauchsmodelle.

Zukunftstechnologie-Fokus

Neue Energietechnologien sind für den Erfolg des Industriestandorts und der Energiewende entscheidend. Zukunftstechnologien im Energiebereich sind im besonderen Maß auf klare, berechenbare Rahmenbedingungen angewiesen.

Ein Teil der Zukunft der heimischen Industrie liegt in der Elektrifizierung. In anderen, besonders energieintensiven Industriezweigen stößt die Elektrifizierung jedoch an ihre Grenzen, was den Einsatz von alternativen Energieträgern wie Wasserstoff erforderlich macht. Zusätzlich kann Wasserstoff für die Spitzen- und Rückfallebene eingesetzt werden. Damit der Hochlauf des Wasserstoffmarkts gelingt, müssen die notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen geschaffen, die Finanzierung der benötigten Infrastruktur geklärt und zentrale rechtliche Anpassungen auf europäischer Ebene vorgenommen werden.

Zudem brauchen wir rechtliche Grundlagen für die Zukunftstechnologien Carbon Capture Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) als wichtige Technologien für die „Hard-to-abate“-Sektoren der Industrie. Unter Berücksichtigung des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG, siehe Kasten) und beschleunigter bzw. verkürzter Genehmigungsverfahren bauen wir erneuerbare Energie mit Fokus auf Windkraft aus. Mit einem modernen Rechtsrahmen auch für Geothermie stellen wir sicher, dass wir diese Energiequelle rascher und besser nutzen können.

Maßnahmen →

30

Energieträger Wasserstoff forcieren

Wasserstoff wird als industrieller Energieträger der Zukunft forciert. Ziel ist bis 2035 der Aufbau eines weitgehend durchgängigen, regulierten Wasserstoff-Fernleitungsnetzes (European Hydrogen Backbone) mit paneuropäischen Import- und Transitkorridoren Nordsee, Mittelmeer/Nordafrika, Südosteuropa. Weiters werden alle großen Industriecluster, Häfen und Speicher zu einem integrierten EU-Wasserstoff-Binnenmarkt angebunden.

In Österreich wird hierzu Investitionssicherheit entlang der gesamten Wertschöpfungskette sichergestellt – von der Produktion über den Transport bis zur Anwendung in energieintensiven Branchen – damit der Übergang zu einer resilienten, klimaneutralen Industrie beschleunigt werden kann. Folgende Maßnahmen werden daher gesetzt:

- Aufbau eines Wasserstoffstartnetzes durch Umwidmung zentraler Fernleitungen (u.a. WAG, Penta-West, SOL, TAG) plus gezielter Neubauten (z. B. H₂ Backbone WAG+Penta-West).
- Bis 2035 wird eine voll wasserstofftaugliche Startinfrastruktur mit Anbindung der Schlüsselcluster, Speichern und Grenzübergabepunkten ge-



- schaffen, um den marktbasierten Hochlauf von erneuerbarem Wasserstoff zu ermöglichen und langfristig Versorgungssicherheit sowie Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu gewährleisten.
- Die Nachhaltigkeitskriterien für RFNBO und Low-Carbon-Hydrogen sollen auf EU-Ebene grundlegend überarbeitet werden. Zu strenge Vorgaben zu Additionalität, zeitlicher Korrelation (bis hin zu stündlich) und geografischer Nähe plus 70 %- THG-Mindestminderung machen Projekte regulatorisch riskant und schwer finanzierbar. Die Folge ist, dass viele Investoren in Regionen mit einfacheren Regeln (z. B. USA) ausweichen. Dies könnte dazu führen, dass Europa große Mengen importiert, während heimische Produzenten gleichzeitig an strengeren Bedingungen scheitern. Das konterkariert Ziele des Net-Zero Industry Acts & der EU-Wasserstoffstrategie.
 - Die Infrastrukturfinanzierung für den zügigen Ausbau von Erzeugung, Importkorridoren, Speicher- und Pipeline-Netzen soll über EU-Mittel kofinanziert werden.
 - Mit dem Wasserstoffpaket im Gaswirtschaftsgesetz (GWG) wird klare Regulierung für Wasserstoffnetze (Entflechtung, Netzzugang, Tarifstruktur), zügige Genehmigungen und die Umwidmung bestehender Leitungen gesichert.
 - Österreich prüft die Beteiligung am europäischen H₂Global-Modell, um künftig den abgesicherten Import von erneuerbarem Wasserstoff und seinen Derivaten für die Industrie sicherzustellen. Ziel ist es, Planungssicherheit für österreichische Abnehmer zu schaffen. Österreich bringt sich aktiv in die Weiterentwicklung des H₂Global-Ansatzes ein. Eine Beteiligung soll ein eigenes österreichisches „Funding Window“ erlauben, das auf die Bedarfe der heimischen Industrie (z. B. Chemie, Stahl) zugeschnitten ist.

31

Aufhebung Verbot für Carbon Capture and Storage

Um neben der Nutzung von CO₂ als Rohstoff durch Carbon-Capture-Utilization eine zusätzliche Möglichkeit zur Vermeidung von Emissionen zu schaffen, heben wir das gesetzliche Carbon-Capture-Storage (CCS)-Verbot auf. Dies betrifft in erster Linie die sogenannten „hard-to-abate“-Sektoren wie beispielsweise Zement, Kalk, Stahl (z. B. voestalpine), Chemie, Abfallverbrennung (z. B. Wien Energie), die Feuerfestindustrie (z. B. RHI Magnesita) oder den Eisenerzbergbau (z. B. Erzberg) für die Österreich und die EU explizit CCS für diese einrechnen.

32

Rechtsrahmen für Geothermie

Zur Reduktion von Emissionen sowie der Abhängigkeit von Importen ist auch die Hebung heimischer Potentiale notwendig. Ein Beispiel dafür ist die Geothermie. Abseits der klassischen Haushaltsheizung kann Geothermie auch in der österreichischen Industrie genutzt werden. Geothermie ist für kontinuierliche, planbare Niedrig- und Mitteltemperaturwärme, Kälte und Standortwärmenetze attraktiv – speziell dort, wo österreichische Industriecluster auf geeigneten geologischen Strukturen sitzen. Deshalb wird ein klarer Rechtsrahmen für Geothermie gesetzt.



Dafür sind gesetzliche Regelungen im Mineralrohstoff-Gesetz (insbesondere zu Verfügungsrecht, Benutzung fremder Grundstücke in großer Tiefe ohne Berührung des oberflächennahen Bereichs sowie Aufbereitung des Trägermediums) und Wasserrechtsgesetz (insbesondere die Nutzung des Wärmeinhalts von Tiefenwassern und Duldungspflicht beim Durchbohren und Durchleiten von Wasser in großer Tiefe sowie Wiedereinleitung von thermisch genutzter Thermalwässer) notwendig.





3

Handlungsfeld

**Bildung,
Fachkräfte &
Arbeitsmarkt**



Strategische Ziele

Bildung, Fachkräfte & Arbeitsmarkt

- Entwicklung der Lehrberufe entlang der Schlüsseltechnologien
- Hebung von heimischen Fachkräftepotentialen durch Aus- & Weiterbildung
- Europäische und internationale Fachkräfte als strategische Arbeitsmarktreserve

Österreichs Fachkräfte sind der Schlüssel für Qualität und Innovationskraft Made in Austria. Ihre hochwertige Ausbildung ermöglicht hohe Qualität in der Produktion und damit einen wichtigen Wettbewerbsvorteil. Das österreichische Aus- und Weiterbildungssystem verbindet in einzigartiger Form theoretisches Wissen mit praktischen Fertigkeiten und sorgt dafür, dass Fachkräfte gezielt auf die neuen Anforderungen der Industrie vorbereitet werden.

Unsere Industrie soll auch in der Zukunft weiterhin über ausreichend erstklassig aus- und weitergebildete Fachkräfte verfügen, die offen für neue Technologien und kompetent in ihrer Anwendung sind. Die Berufsausbildung ist ein internationales Asset des Standorts. Ausbildungen werden entlang der sich verändernden Anforderungen der Industrie modernisiert. Eine besondere Rolle für das Industrieland spielen MINT-Ausbildungen,

die – mit spezieller Förderung von Mädchen und Frauen – weiter forciert werden.

Moderne Weiterbildung soll auch dafür sorgen, dass – auch derzeit arbeitssuchende – Personen ihr Wissen und damit auch ihre beruflichen Handlungsspielräume laufend erweitern können – und dass wichtige Zielgruppen erfolgreich für Tätigkeiten im industriellen Sektor mobilisiert und hochqualifiziert werden. Mit den im Rahmen der Industriestrategie 2035 vorgesehenen Maßnahmen im Bereich zukunftsorientierter Aus- und Weiterbildung kann das Industrieland Österreich seine Wettbewerbsposition weiterausbauen.

Fachkräfte aus der EU stellen zudem eine wesentliche strategische Arbeitsmarktreserve für Österreich dar. Darüber hinaus werden wir in Anbetracht demographischer Entwicklungen und bei dynamischem Wirtschaftswachstum zur nachhaltigen Deckung des Fachkräftebedarfs auch auf Fachkräfte aus Drittstaaten zurückgreifen.

Basis dafür ist unser zielgerichtet weiterentwickeltes Bildungssystem, das Begeisterung für Technologien und Innovationen schon ab dem Kindergarten fördert. Neben Grundkompetenzen vermittelt unser Schulwesen auch verlässlich Zukunftskompetenzen, wie Kreativität, Problemlösungsfähigkeit und Teamarbeit.

Ausbildungen für die Industrie

Die Lehre ist Rückgrat der österreichischen Industrie und Schlüssel für die Zukunft. Sie sichert Praxisnähe, Innovation und die Verbindung von handwerklichem Können mit modernster Technik. Gerade Digitalisierung, Klimaschutz und neue Technologien brauchen moderne Lehrberufe und motivierte Jugendliche, die sich auf Basis einer soliden schulischen Bildung für eine moderne Ausbildung entscheiden. Wir setzen daher auf die Lehre als Fundament einer innovativen, produktiven und erfolgreichen Industrie – und auf junge Menschen, die anpacken und Zukunft schaffen.

Maßnahmen →

33 Lehrlingsausbildung stärken und attraktivieren

Zur Steigerung der Qualität der Lehrlingsausbildung werden folgende Maßnahmen gesetzt:

- Sicherstellung der Grundkompetenzen,
- Weiterentwicklung der Lehrabschlussprüfung mit dem Ziel, die Zahl der Antritte und erfolgreichen Abschlüsse zu erhöhen,
- Schaffung der Möglichkeit für Lehrberechtigte, Lehrlinge zur Lehrabschlussprüfung (LAP) anzumelden.

34 Kostenlose Meister- und Befähigungsprüfungskurse

Pro Ausbildungsjahr absolvieren mehr als 5.200 engagierte Fachkräfte eine Meister- bzw. Befähigungsprüfung. In einem ersten Schritt werden bereits die Prüfungsgebühren vom Bund getragen. Künftig werden auch die Vorbereitungskurse kostenlos angeboten, um echte Gleichheit zur universitären Ausbildung für mehr Fairness in der Berufsausbildung herstellen zu können. Kostenlose Meister- und Befähigungsprüfungskurse werden die berufliche Bildung weiter auf und stärken die Attraktivität der Lehre.

35 Aufwertung Polytechnikum

Die Polytechnische Schule wird künftig noch stärker als Vorbereitung auf eine erfolgreiche Lehre ausgestaltet. Ziel ist es, junge Menschen bestmöglich auf die Anforderungen der Betriebe vorzubereiten. Dafür braucht es moderne Unterrichtsformen, praxisnahe Projekte, enge Kooperationen mit Unternehmen sowie eine gezielte Berufsorientierung.

36 Lehrberufsfokus auf Schlüsseltechnologien

Pro Schlüsseltechnologie- und Stärkefeld wird bis 2035 nach Möglichkeit zumindest ein neuer Lehrberuf etabliert. Mit diesem Lehrberufsfokus auf den Schlüsseltechnologiebereich – insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Industrieinnovation – wird sichergestellt, dass der künftige Fachkräftebedarf der Industrie in diesen Bereichen bestmöglich gesichert ist.

Digitalisierung als Querschnittsmaterie soll sich künftig in jeder Ausbildungsordnung widerspiegeln. Ob Programmieren, digitale Laboranalyse oder automatisierte Lagertechniken – Digitalisierung muss ein integraler Bestandteil der Ausbildung sein. Dafür sollen Lehrberufe spätestens alle fünf Jahre evaluiert und modernisiert werden, um sicherzustellen, dass die Ausbildung immer den neuesten technologischen, ökologischen und wirtschaftlichen Anforderungen entspricht.

37

Fokus auf MINT-Fächer

Österreich setzt einen Ausbildungsschwerpunkt auf MINT-Fächer in allen Bildungseinrichtungen. Dieser erfolgt nicht nur an Universitäten und Fachhochschulen, sondern auch an Berufsschulen und Berufsbildenden Höheren Schulen.

- Er umfasst eine Investitionsoffensive in Laborausstattung und digitale Infrastruktur in allen Bildungseinrichtungen.
- Frauen und Mädchen sind in Mathematik, Informatik und Technik gegenüber Männern und Burschen deutlich unterrepräsentiert und müssen daher besser unterstützt werden – sowohl in der Ausbildung als auch bei der Integration am Arbeitsplatz. Die Perspektiven-erweiterung und Ausbildungen von Frauen in Handwerk und Technik (FiT-Programm) wird gestärkt.
- Das Modellprojekt Digital Pioneers wurde von der Plattform Industrie 4.0 Österreich gemeinsam mit der Bundesarbeitskammer und dem Digital Campus Vorarlberg 2020 initiiert und setzt auf die Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen in Technik und Digitalisierung. In Kooperation mit interessierten Unternehmen soll das Projekt fortgeführt und ausgedehnt werden.

38

Einführung „Wirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit“

Das neue Fach WIN im wirtschaftskundlichen Realgymnasium bündelt Kompetenzen wie das Erarbeiten von zukünftigen Geschäftsideen, die Analyse von wirtschaftlichen Zusammenhängen und Bearbeiten realer Projekte mit ökologischem und sozialem Fokus.

39

Stärkung der Kompetenzen in Informatik und Künstlicher Intelligenz

Um Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt bestmöglich vorzubereiten, werden digitale und KI-Kompetenzen in den Lehrplänen aller Schulstufen verstärkt und noch stärker mit Mathematik und Computational Thinking verknüpft.

40

Zukunftsweisende Reform der HTL-Lehrpläne

Durch die Einführung der „Junior und Senior Projects“ werden Problemlösungs-, Planungs- und Umsetzungskompetenz gefördert. Damit entsteht eine „Startup-Kultur“ engagierter technischer Nachwuchskräfte, die ihre zukünftigen Arbeitgeber international anschlussfähig machen.

Qualifizierung

Um das bestehende Fachkräftepotenzial in Österreich bestmöglich zu entwickeln, setzen wir gezielte Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung. Qualifizierungsmaßnahmen tragen zur nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie bei, sichern Arbeitsplätze langfristig ab und wirken dem Fachkräftemangel entgegen.

Maßnahmen →

41

Qualifizierungsoffensive

Zielgruppe der Qualifizierungsoffensive im engeren Sinn – nach dem Vorbild der Sozialpartnereinigung in der Metallindustrie, der Elektro- und Elektronikindustrie sowie dem Metallgewerbe – sind jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bereits fest in betriebliche Abläufe und Strukturen integriert sind, jedoch keine oder eine nicht branchenspezifische Berufsausbildung haben. Die Qualifizierungsmaßnahme soll entweder die Vorbereitung auf die außerordentliche Lehrabschlussprüfung (LAP) oder die klassische Lehre beinhalten. Voraussetzungen für erfolgreiche Maßnahmen sind, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im aufrechten Arbeitsverhältnis bleiben, es zu keinen oder geringen finanziellen Einbußen kommt sowie die Nähe zu Wohnort oder Betrieb.

42

Weiterbildung und Höherqualifizierung

Die Höherqualifizierung von bereits Beschäftigten wird ausgebaut. Die erfolgt durch eine Qualifizierungsoffensive für Beschäftigte ohne oder mit branchenspezifischer Berufsausbildung, die Schaffung durchlässiger Bildungswege zur Höherqualifizierung innerhalb bestehender Arbeitsverhältnisse sowie die Sicherstellung der Finanzierung der Weiterbildung von Beschäftigten.

43

Von Erfolgsprojekten lernen

Es gibt eine Übersicht über Modelle modularer Aufqualifizierung insbesondere für Arbeitskräfte mit Berufserfahrung und/oder Betreuungspflichten. Entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten Arbeitssuchender im Bereich der Twin Transition (Ökologie & Digitalisierung) erfolgen über Programme wie jenes der Umweltstiftung.

Internationale Fachkräfte

Österreich kann seinen Fachkräftebedarf nicht zu jeder Zeit ausschließlich über den Inlandsarbeitsmarkt abdecken. Zusätzlich zum EU-Binnenmarkt sollen zur Sicherung von Fachkräften folgende Maßnahmen im Bereich der Rot-Weiß-Rot-Karte, Nostrifizierungen und Berufsqualifikationen umgesetzt werden.

Maßnahmen →

44

Reform RWR-Karte

Es werden im Jahr 2026 Maßnahmen zur Evaluierung und Weiterentwicklung der Indikatoren für die Rot-Weiß-Rot-Karte gesetzt. Insbesondere sollen die Indikatoren für die Mangelberufsliste evaluiert und weiterentwickelt werden, um den Fachkräftebedarf als Grundlage für die Fachkräfteverordnung abzubilden und flexibel auf den Arbeitsmarkt reagieren zu können.

- Es wird eigene Bestimmungen für ein Pilotprojekt „Rot-Weiß-Rot-Karte für volljährige Lehrlinge“ geben.
- Abgeleitet von einer österreichischen Fachkräftestrategie und gemeinsam mit den Sozialpartnern wird ein Modell entwickelt, um die Rot-Weiß-Rot-Karte für Arbeitskräfteüberlassungsunternehmen zu öffnen.
- Zudem wird die Digitalisierung vorangetrieben, um den gesamten Antrags- und Bearbeitungsprozess für die Rot-Weiß-Rot-Karte zu vereinfachen und transparenter zu gestalten.
- Das Projekt „Easy Access Austria“ soll den Zugang für internationale Fachkräfte durch klare Zuständigkeiten und eine gesetzliche Grundlage für Online-Antragstellungen erleichtern. Ein gemeinsames digitales One-Stop-Shop-Verfahren wird die Antragstellung, Kommunikation und Dokumentenmanagement über eine zentrale Plattform ermöglichen. Dabei wird auch die ABA-Datenbank angebunden.
- Um den Weg der Attraktivierung Österreichs für Spitzenforscherinnen und -forscher aus dem Ausland fortzusetzen, werden die Erleichterungen für US-Forscherinnen und -Forscher gestärkt bzw. auf andere Drittstaaten ausgeweitet.
- Drittstaatsangehörige, die mittels Jobseeker-Visums in Österreich auf Arbeitssuche sind und einen Antrag auf eine Rot-Weiß-Rot-Karte gestellt haben, dürfen künftig bis zum Abschluss des Erstverfahrens im Land bleiben.
- Die zwei unterschiedlichen Schienen der Rot-Weiß-Rot-Karte für selbständige Schlüsselkräfte und für Start-Up-Gründerinnen und Gründer sollen zusammengefasst und durch alternativ zu erfüllende Kriterien vereinfacht werden. Dies entspricht einer Rechnungshof-Empfehlung, die Zuwanderungsschienen zu reduzieren.



- Studierende aus Drittstaaten, welche an einer österreichischen Hochschule graduieren, erhalten durch die Rot-Weiß-Rot-Karte erleichterten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt im Bereich ihrer formalen Ausbildung.

45 **Kompetenzstelle Nostrifizierungen**

Die Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen wird bei einer bundesweit einheitlichen Kompetenzstelle abgewickelt, um Nostrifizierungen zu vereinfachen. Darüber hinaus wird die Entwicklung eines Modells geprüft, das anstatt der reinen Einzelfallprüfung und eine Prüfung von Ausbildungseinrichtungen nach deutschem Vorbild ermöglicht.

46 **Einfachere Anerkennung von Berufsqualifikationen**

Die Anerkennung von Berufsqualifikationen wird erleichtert. In diesem Zusammenhang soll auch das Pre-Check-Qualifikationsregister ausgebaut und Vorabbewertungen weiter abgesichert und ausgebaut werden.



Leistungsanreize

Die gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen durch den demografischen Wandel sind in vielen Bereichen spürbar, auch am Arbeitsmarkt. Um unseren Wohlstand zu erhalten und die Nachhaltigkeit unseres Pensionssystems abzusichern, ist es notwendig, die Beschäftigung in allen Bereichen zu stärken.

Maßnahmen →

47 Mitarbeiterbeteiligung für Start-ups

Wir verlängern die Mitarbeiterbeteiligung für Start-ups sowie die Möglichkeit, virtuelle Geschäftsanteile („phantom shares“) auf diese umzustellen. Die neu-geschaffene Regelung wurde in der Praxis gut angenommen und wird daher jedenfalls um ein Jahr bis 31. Dezember 2026 verlängert.

48 Zuverdienst in der Pension

Für die Attraktivierung des Zuverdiensts in der Pension bzw. des Aufschiebens des Pensionsantritts wird ab 2027 ein steuerlicher Freibetrag in Höhe von 15.000 € pro Jahr ab dem Pensionsantrittsalter eingeführt. Zusätzlich entfallen für Erwerbstätige im Regelpensionsalter die Dienstnehmerbeiträge zur Pensionsversicherung – unabhängig davon, ob bereits eine Pension bezogen wird. Die Regelung gilt sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Selbständige.

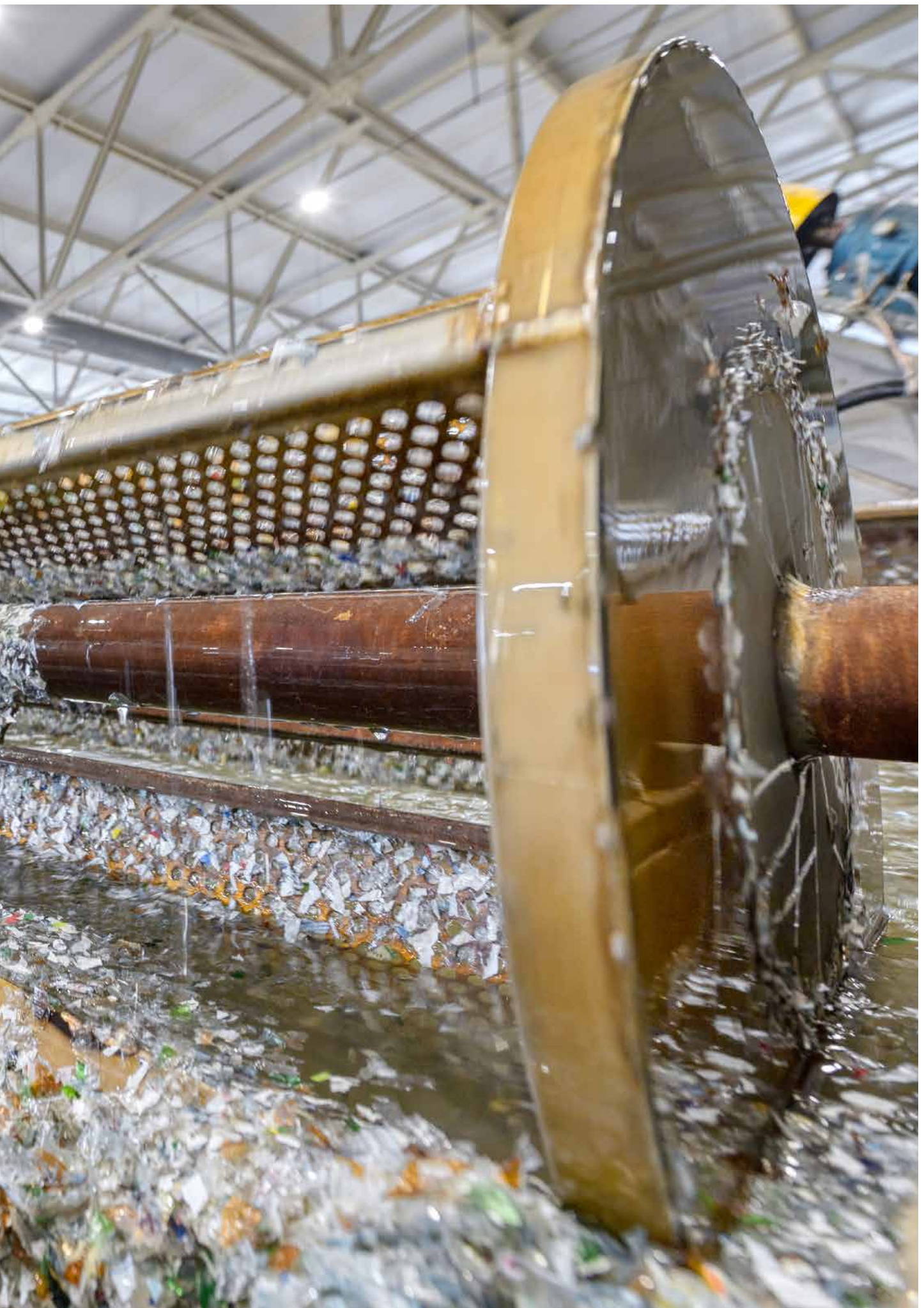
49 Feiertagsarbeitsentgelt

Die Leistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch an Feiertagen für ihr Unternehmen im Einsatz sind, sollen entsprechend anerkannt werden können. Hierfür wird das Feiertagsarbeitsentgelt auch hinkünftig mit bis zu 400 Euro pro Monat steuerfrei gestellt.

4

Handlungsfeld

Kreislauf- wirtschaft, Bioökonomie & Transformation



Strategische Ziele

Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie & Transformation

- Rohstoffsouveränität durch optimierte heimische und europäische Primär- und Sekundärressourcennutzung sicherstellen
- Nutzung nachhaltiger Rohstoffe forcieren
- Stärkung der Resilienz durch Diversifizierung und strategische Lagerhaltung

Die Entwicklung unseres Wirtschaftssystems in Richtung Kreislaufwirtschaft ist für unsere Industrie und eine große Chance und potenzieller Wettbewerbsvorteil angesichts tendenziell steigender Rohstoffpreise, Ressourcenknappheit und Handelskonflikte. Die Stärkung der Transformationspotenziale durch Schlüsseltechnologien und neue Geschäftsmodelle ist dabei besonders wichtig.

Analysen der Europäischen Kommission, internationale Innovationsrankings sowie technologie- und patentbasierte Studien weisen Österreich als einen der leistungsfähigsten Umwelttechnologie-Standorte der Europäischen Union aus. Besonders im Eco Innovation-Index nimmt Österreich eine führende Rolle ein und liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Diese Position wird durch eine starke Umwelttechnik-Industrie, hohe Exportquoten sowie überdurchschnittliche Forschungs- und Innovationsleistungen in Bereichen wie Energie- und

Ressourceneffizienz, Recycling, erneuerbare Energien und Kreislauftechnologien gestützt. Österreichische Umwelttechnologien leisten damit nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur nationalen Transformation, sondern auch zum globalen Klima- und Ressourcenschutz. Lösungen der österreichischen Umwelttechnik-Industrie sorgen hiermit weltweit für ökonomische und ökologische Erfolgsgeschichten.

Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gehen am Industriestandort Österreich 2035 Hand in Hand. Ziel von Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie ist es, den Anteil des primären Materialverbrauchs durch stärkeren Einsatz von Sekundär- und biogenen Materialien zu senken und gleichzeitig die heimische Wertschöpfung, Innovationsfähigkeit und Versorgungssicherheit zu stärken. Die Bioökonomie leistet damit einen zentralen Beitrag zur Rohstoffsouveränität, Resilienz und langfristigen Standortentwicklung Österreichs.

Um die Resilienz des Industriestandorts weiter zu stärken, besteht Handlungsbedarf insbesondere bei der Sicherung kritischer Rohstoffe, dem Ausbau lokaler Recycling- und Aufbereitungscluster, der strategischen Lagerhaltung sowie der stärkeren Verknüpfung von Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie und öffentlicher Beschaffung.

Sichere Rohstoffe

Eine sichere Rohstoffversorgung ist Grundvoraussetzung für technologische Souveränität, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Transformation des Industriestandorts. Dabei werden nicht nur primäre Ressourcen betrachtet, sondern insbesondere sekundäre Ressourcen sind von zunehmender strategischer Bedeutung.

Wir setzen für eine sichere Rohstoffversorgung auf die drei Säulen

1. Souveränität durch heimische/europäische Ressourcen, Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft,
2. Robustheit durch Diversifizierung und Lagerhaltung, und
3. Zukunftsfähigkeit durch Innovations- und Wertschöpfungscluster.

Österreich soll Vorreiter einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffpolitik sein, die wirtschaftlicher Stärke mit ökologischer Verantwortung vereint. Auch die Land- und Forstwirtschaft trägt zur Produktion und Versorgung mit heimischen und nachhaltigen Rohstoffen bei.

Wir setzen unsere Aktivitäten im Einklang mit ReSourceEU – dem EU-Plan für kritische Rohstoffe. Aufbauend auf dem Critical Raw-Material-Acts stärken wir die Versorgung aus heimischen Quellen, diversifizieren Rohstofflieferanten durch internationale Partnerschaften und bauen die Wiederverwertung und Aufbereitung von Rohstoffen aus. Ein klarer Rechtsrahmen schafft für Unternehmen die notwendige Planungssicherheit und löst Investitionen sowie Innovationen aus.



- 50 Nutzung heimischer und europäischer Primärressourcen**
Österreich bekennt sich zur Nutzung heimischer und europäischer Primärressourcen, zu verstärktem Recycling und zur Diversifizierung internationaler Lieferketten. Mit österreichischem Know-how und durch österreichische Unternehmensbeteiligungen sollen Energieressourcen für den europäischen Standort nutzbar gemacht werden.
- 51 Aufbau von Rohstoffreserven**
Die Einrichtung nationaler und europäischer Rohstoffreserven dient als Puffer gegenüber exogenen Schocks. Strategische Lagerhaltungssysteme können nach zuvor erfolgter Abstimmung auf EU-Ebene nach klar definierten Kriterien für kritische Rohstoffe national eingerichtet werden – einschließlich Monitoring, Bestandsmanagement und Ablaufprozedere.
- 52 Novelle Versorgungssicherungsgesetz**
Aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage und der damit einhergehenden Unsicherheiten in den Lieferketten ist eine Anpassung des Versorgungssicherungsgesetzes an die neue Situation erforderlich. Daher wird die Möglichkeit zur Vorratshaltung als Vorsorgemaßnahme im Versorgungssicherungsgesetz geregelt. Weiters wird ein Begleitgesetz zur Umsetzung des europäischen Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetzes (IME-RA) in die Begutachtung geschickt. Diese EU-Verordnung regelt die Versorgung mit kritischen Gütern innerhalb der Europäischen Union.
- 53 Nachhaltige Materialinnovationen und Substitutionsforschung**
Österreich stärkt die Entwicklung nachhaltiger Materialinnovationen durch die konsequente Fortführung Forschung zur Substitution kritischer und potenziell problematischer Rohstoffe sowie für nachhaltige Innovationen im Materialbereich.
- 54 Alternative Beschaffung und strategische Partnerschaften**
Der Aufbau alternativer Beschaffungsquellen und strategischer Partnerschaften für kritische Rohstoffe zur Rohstoffsicherung in Anlehnung an den Critical Raw Materials Act reduziert die Abhängigkeit Österreichs von wenigen Lieferländern.
- 55 Aufbereitungssysteme für Batterie- und Sekundärstoffrecycling**
Effiziente Aufbereitungssysteme für Batterie- und Sekundärstoffrecycling ermöglichen eine höhere Sekundärstoffquote, senken die Abhängigkeit von Primärrohstoffen und führen zur Schaffung eines Sekundärrohstoffmarktes.

Anbindung digitaler Ressourcenplattformen an öffentliche Beschaffung

Im Bereich der Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie und ökologischen Transformation werden digitale Ressourcenplattformen mit einem Fokus auf den europäischen Handel von Sekundärrohstoffen und Rezyklaten – inklusive Qualitätssicherung – an die öffentliche Beschaffung im Sinne des Critical Raw Material Acts angebunden, um die Nachfrage nach zirkulären Materialien zu erhöhen sowie Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen abzusichern.

56

Aufbau lokaler Recycling- und Aufbereitungscluster

Unternehmen werden im Rahmen der Entwicklung lokaler Recycling- und Aufbereitungscluster (u.a. für Metalle, Kunststoffe, Bau- und Elektronikabfälle) bei der Herstellung modularer Produkte begleitet und incentiviert. Das ermöglicht den Aufbau von Sekundärrohstoffmärkten, niedrigere Transportkosten und bindet Wertschöpfung in der Region.

57

Startvorteil durch europäischen digitalen Produktpass

Durch die frühzeitige und enge Einbindung in nationale Forschungsprojekte (wie PACE und PASSAT) haben österreichische Unternehmen einen Startvorteil bei der Erarbeitung neuer Geschäftsmodelle. Die Erkenntnisse aus Pilotanwendungen in prioritären Industriebranchen (insbesondere Batterien, Stahl und Textil) werden bei der Erarbeitung der europäischen Regularien aktiv eingebracht und sichern so eine praxistaugliche Ausgestaltung.

58

Anreiz für Gebäudesanierungs-Innovationen

Innovationen zur Sanierung von Gebäuden im Sinne der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit werden unterstützt. Die Bauwirtschaft profitiert durch reduzierte Projektkosten sowie die Beschleunigung der Projektumsetzung. Dadurch werden innovative Investitionsvorhaben im Bereich der Gebäudesanierung beanreizt.



5

Handlungsfeld

**Infrastruktur,
Mobilität &
wirtschaftliche
Resilienz**



Strategische Ziele

Infrastruktur, Mobilität & wirtschaftliche Resilienz

- Stärkung unserer Industrie durch eine moderne und robuste Infrastruktur
- Ganzheitlich abgestimmte und beschleunigte Infrastrukturplanung und Infrastrukturprojekte als Wachstumschance nutzen
- Stärkung der heimischen Lösungs- und Technologiekompetenz

Ein modernes Industrieland braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Ohne gut ausgebaute Verkehrswege, digitale Infrastrukturen und eine sichere Energieversorgung können Betriebe und Beschäftigte nicht die Leistungen erbringen, die wir 2035 für Wohlstand und Zukunft brauchen. Je besser die Infrastruktur in unseren Regionen ausgestaltet ist, desto attraktiver und wettbewerbsfähiger kann sich der Industriestandort entwickeln und weitere Betriebe anziehen.

Moderne Infrastrukturen sind für Innovationsaktivitäten der Unternehmen und vor allem für eine erfolgreiche digitale Transformation unverzichtbar. Der Ausbau von Glasfasernetzen und 5G-Technologie ermöglicht es Unternehmen, Künstliche Intelligenz, „Internet der Dinge“ oder „Industrie 4.0“-Anwendungen effizient zu nutzen. Robuste und resiliente Infrastrukturen erhöhen die

Widerstandsfähigkeit von Industrie und Gesellschaft gegenüber Krisen. Indem wir unsere Systeme proaktiv entwickeln, können wir für unser Land eine eigenständige industrielle Basis langfristig sichern. Moderne Infrastrukturen sind damit Vorbedingung für die wirtschaftliche Resilienz Österreichs. Auch die Transformation der Industrie in Richtung Nachhaltigkeit profitiert von infrastrukturpolitischen Offensiven, etwa beim Ausbau der Infrastruktur für Elektromobilität, bei der Modernisierung der Energienetze zur Integration erneuerbarer Energien oder beim Ausbau des Schienenverkehrs in einem starken Bahnland Österreich. Das Industrieland Österreich braucht in jeder Hinsicht die besten Verbindungen in die Zukunft.

Infrastrukturhub Österreich 2035

Die Qualität der Infrastruktur ist ein entscheidender Faktor bei der Standortwahl von Unternehmen. Unternehmen siedeln sich bevorzugt dort an, wo sie auf eine zuverlässige Energieversorgung, eine schnelle Anbindung an Verkehrs- und Logistiknetze sowie eine leistungsfähige digitale Infrastruktur zurückgreifen können. Robuste und moderne Infrastrukturen erhöhen zudem die Widerstandsfähigkeit von Industrie und Gesellschaft gegenüber Krisen. Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie ist ohne gezielte Investitionen in nachhaltige Infrastruktur nicht möglich. Wir stärken den Infrastrukturhub Österreich mit einem umfassenden Maßnahmenbündel.

Maßnahmen →

- 59** **One-Stop-Shop für Infrastrukturverfahren**
Zur Verfahrensbeschleunigung von Infrastrukturprojekten wird ein One-Stop-Shop mit einheitlichen Kriterien und Schwellenwerten eingerichtet, wobei das Verfahren zentral beim Bund geführt wird.
- 60** **Genehmigungsbeschleunigungen im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz**
Um Umweltverfahren zu beschleunigen, wird die volle Verfahrenskonzentration für den 3. Abschnitt beim Bund eingeführt. Darüber hinaus werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutzgüter weitere Erleichterungen durch Ausnutzung der europarechtlich möglichen Flexibilität bei Ausgleichsmaßnahmen forciert. Auch die Kumulierungsregelungen werden praxisgerecht und EU-konform vereinfacht und die Zweigleisigkeit von UVP-Genehmigungsverfahrenstypen aufgehoben. Zeitgemäße Regelungen über die Bildung von Bürgerinitiativen sowie Evaluierung einer Anpassung an die Vorgaben der Aarhus-Konvention und die Streichung der Frist bei der Zustellfiktion führen zu schnelleren Genehmigungsverfahren.
- 61** **Digitaler Tiefbauatlas**
Ein digitaler Tiefbauatlas, der neben Telekommunikationsinfrastrukturen weitere Infrastrukturen (z. B. Wasser, Abwasser, Gas, Strom, Fernwärme) enthält, schafft die Grundlagen für koordinierte Grabungsarbeiten. Basis ist die Erhebung aller bestehender Leitungskataster auf Bundesländerebene und die Zusammenführung zu einem Single-Information-Point (SIP).
- 62** **Breitband für ländlichen Raum**
Der technologieoffene und effiziente Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit innovativen Mitteln, etwa entlang der Gleisinfrastruktur, gewährleistet



schnelle Internetverbindungen für den ländlichen Raum. Dies erfordert die Ausarbeitung klarer Richtlinien zur Beschleunigung des Ausbaus, zur Anbindung abgelegener Gebäude und Siedlungen und zum Ausbau durch Gemeinden und Regionen als Netzeigentümer.

Mobilität für die Zukunft

Unsere Mobilitätsinfrastruktur ist wichtige Grundlage und Motor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Wir wollen Österreich zu einem wesentlichen europäischen Mobilitätshub und Technologieführer im Herzen Europas machen. Ein gut ausgebautes, verkehrsträgerübergreifendes Infrastrukturnetz ermöglicht klimafreundlichen Güterverkehr auf der Schiene, der Straße, zu Wasser und in der Luft. Es stärkt die Anbindung industrieller Zentren an nationale und internationale Märkte. Moderne Infrastrukturprojekte in Kombination mit Digitalisierung und dem Ausbau multimodaler Umschlagplätze verbessern Effizienz, Kapazität und Zuverlässigkeit im Güter- und Personenverkehr. Die Stärkung der österreichischen Bahnindustrie mit gezielten FTI-Maßnahmen gewährleistet einen starken Heimmarkt, sichert die Technologieführerschaft und stößt Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien an. Die Industrie selbst spielt eine zentrale Rolle beim Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur. Österreich stellt in der Bahnindustrie, der Luftfahrtindustrie, der Seilbahnindustrie und der Fahrzeugindustrie zahlreiche Weltmarktführer. Für die Mobilität der Zukunft in Österreich wollen wir ein umfangreiches Maßnahmenbündel umsetzen.

Maßnahmen →

63

FTI für Bahnindustrie

Die österreichische Bahnindustrie wird mit gezielten FTI-Maßnahmen gefördert. Dies umfasst die Förderung von Automatisierung, effizienter Instandhaltung sowie Verkehrsinfrastrukturforschung und Integration der Bahn in ein gesamthaftes Mobilitätssystem. Österreich setzt sich für die Fortführung des Europe's Rail Joint Undertaking (ERJU) ein.

64

Modellregion für automatisierte Mobilität

Automatisierte Mobilität ist ein zentrales Zukunftsfeld für Wertschöpfung, Innovation und wirtschaftliche Resilienz. Österreich verfügt dabei über relevante Kompetenzen und starke Akteure. Es wird daher eine Modellregion für



automatisierte Mobilität geschaffen, um diese im Alltagsverkehr sinnvoll einzusetzen und real zu testen. Ein realer, öffentlich sichtbarer und technologisch führender Showcase mit Fokus auf Personen- und Güterverkehr demonstriert österreichische Lösungs- und Technologiekompetenz. Auf dieser Basis erfolgen die Implementierung eines kontrollierten Alltagsbetriebs und die Schaffung der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Dabei werden auch Fragen der (Verkehrs-) Sicherheit, Akzeptanz und Beschäftigungsentwicklung berücksichtigt. Ein Implementierungsprogramm für automatisierte Mobilität soll die Skalierung und Umsetzung in Österreich ermöglichen.

65 Fortführung ÖBB-Rahmenplan

Der ÖBB-Rahmenplan wird fortgeführt. Das Zielnetz 2040 soll hinsichtlich der optimalen Wirksamkeit für die Bürgerinnen und Bürger, der Effektivität der eingesetzten Mittel sowie der Krisen- und Klimaresilienz evaluiert, weiterentwickelt und beschlossen werden. Investitionen und Förderungen im Bereich Schienengüterverkehr sind ein wichtiger Beitrag zu Sicherstellung einer modernen und konkurrenzfähigen Infrastruktur. Europäische Synergien, wie etwa durch die Ko-Finanzierung von Projekten aus dem ÖBB-Rahmenplan über das Connecting Europe Facility (CEF) Vehikel, werden bestmöglich genutzt.

66 Fortführung ASFINAG-Bauprogramm

Das ASFINAG Bauprogramm wird fortgeführt. Gezielte Investitionen in strategische Autobahn- und Schnellstraßenprojekte sind ein wesentlicher Beitrag zu einer sicheren, leistungsfähigen und nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur sowie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch Investitionsimpulse und verbesserte Verkehrsanbindungen.

67 Weiterentwicklung Mobilitätsindustrie

Die Weiterentwicklung der Mobilitätsindustrie ist eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, Technologieklarheit fokussiert zu unterstützen und – wo sinnvoll und effizient – einen technologieoffenen Ansatz zu verfolgen. Österreich untermauert durch zahlreiche Flagship-Initiativen, wie etwa die Produktion von Elektromotoren, erneuerbaren Kraftstoffen, emissionsfreien Gesamtfahrzeugen oder von Brennstoffzellen seine Innovationskraft im Bereich der Fahrzeugindustrie. Die Stärken der österreichischen Mobilitätsindustrie sollen weiterentwickelt werden, damit der Industriezweig weiterhin zu einem der führenden in Europa gehört. Ziel ist es dabei, Wertschöpfung, Beschäftigung und damit Wohlstand in Österreich nachhaltig zu sichern.

68 Förderung von Test- und Messinfrastruktur

Um die Innovationskompetenz für Mobilitätslösungen der Zukunft sowie deren Verwertung zu stärken, werden Test- und Messinfrastrukturen für Anwendungen rund um Zero Emission Mobility, Sensorik und Prüfstände sowie



Automatisierte Mobilität – im Einklang mit Zielsetzungen und den Stärken der österreichischen Mobilitätsindustrien – unterstützt. Ein Fokus wird insbesondere auf Know-how und Infrastrukturkomponenten „Made in Europe & Partner Countries“ gelegt. Sie stellen sicher, dass entwickelte Lösungen den notwendigen Standards entsprechen, ermöglichen ein schnelles Testen und Experimentieren unter österreichischen Bedingungen.

69

Emissionsfreie Infrastruktur

Der Ausbau der emissionsfreien Infrastruktur mit starkem Fokus auf E-Mobilität „Made in Europe & Partner Countries“ wird zielgerichtet gefördert und weiter beschleunigt. Dies umfasst den Aufbau von Infrastruktur an Depots sowie die Beschleunigung des Ausbaus und die Ausrollung von Ladeinfrastruktur entlang von Verkehrswegen. Für die flächendeckende Ausrollung werden gesetzliche Regelungen vorgenommen.

70

Schienenfahrzeugtest- und Kompetenzzentrum

Die Mobilitätsindustrie wird durch ein modernes Schienenfahrzeugtest- und Kompetenzzentrum gestärkt. Mit umfassenden Testmöglichkeiten und innovativen Forschungsansätzen wird die Grundlage geschaffen, Österreichs Rolle als internationaler Vorreiter im Bereich nachhaltiger Mobilität auszubauen. Die Umsetzung eines Leuchtturmprojekts soll durch die Fortführung sowie Ausweitung bestehender Forschungsaktivitäten und Kooperationen zwischen öffentlicher Hand, tertiären Bildungseinrichtungen, Eisenbahnunternehmen und der Industrie begleitet werden.



6

Handlungsfeld

Europa & geopolitische Heraus- forderungen





Strategische Ziele

Europa & geopolitische Herausforderungen

- „Made in Europe & Partner Countries“ als strategische Grundmaxime etablieren
- Resilienz durch faire und ökologische Handelsabkommen und starken EU-Binnenmarkt erhöhen
- Digitale Souveränität stärken
- Verteidigungs- & Sicherheitsinvestitionen als Wachstumschance nutzen
- Binnenmarkt, Initiativen und Programme sowie Synergien auf EU-Ebene bestmöglich nutzen

Die Ausrichtung auf Europa und die Welt ist und bleibt die Erfolgsstrategie des Industriestandorts Österreich. Dieser Wettbewerb kann zentral für Innovation, Produktivität, Qualität, Effizienz und strukturellen Fortschritt in Österreich sein und sichert damit Wohlstand, Beschäftigung und technologische Führerschaft langfristig. Darauf setzen wir auch unter den neuen geopolitischen Bedingungen, um weiter über unsere Grenzen hinauszuwachsen und im Inland Wertschöpfung und Wohlstand schaffen zu können. Österreichs Industriebetriebe sollen weltweit die besten Chancen haben, mit Qualität „Made in Austria“ zu überzeugen.

Gleichzeitig stellt der zunehmende internationale Wettbewerbs- und Preisdruck, durch massiv in Drittstaaten öffentlich subventionierte Produkte zu wettbewerbsverzerrenden Preisen, eine gesamtwirtschaftliche Herausforderung dar. Das gezielte Drängen von staatsnahen Unternehmen aus Drittstaaten in kritische Industrie- und Technologiesektoren (z. B. im Infrastruktur- und Energiebereich) ist dabei nicht nur ein reales wirtschaftliches Risiko, sondern nährt auch zunehmend Sicherheitsbedenken. Österreich setzt sich vor diesem Hintergrund auf europäischer und internationaler Ebene für faire Wettbewerbsbedingungen ein und forciert die europäische technologische Souveränität, speziell in sicherheitsrelevanten Bereichen.



Unsere strategische Industrie- und Handelspolitik auf einen Blick:

- Wir diversifizieren Handelspartner und setzen uns für faire Wettbewerbsbedingungen und neue faire und ökologische Handelsabkommen und Märkte als Teil der staatlichen und europäischen Verantwortung ein.
- Wir setzen uns für regelbasierten Handel auf Basis der WTO-Verträge und insbesondere eine funktionierende Schiedsgerichtsbarkeit ein.
- Wir forcieren europäische und regionale Wertschöpfung, in dem wir Produktion sowie Forschung und Innovation innerhalb Europas stärken.
- Wir setzen uns für den Abbau von Binnenmarkthemmnissen sowie für die Vertiefung des EU-Binnenmarkts und der Spar- und Investitionsunion ein. Wir stärken die europäische Souveränität im Bereich kritischer Technologien und Infrastrukturen sowie die Technologieführerschaft bei Schlüsseltechnologien und Stärkefeldern durch fokussierten Mitteleinsatz und innereuropäische Kooperation sowie durch strategische Neuausrichtung der Exportkontrolle.
- Wir entwickeln unsere digitale Souveränität im Soft- und Hardwarebereich sowie bei sensiblen Daten weiter.
- Wir etablieren „Made in Europe & Partner Countries“ als Leitprinzip für öffentliche Beschaffungsvorhaben und Förderpolitik.
- Wir entwickeln die Investitionskontrolle als strategisches Instrument für europäische Souveränität weiter.
- Wir unterstützen strategische Zollmaßnahmen zur Absicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber hoch subventionierten Konkurrenzprodukten.
- Wir nutzen Kreislaufwirtschaft und Recycling als Chance zu mehr Resilienz im Bereich kritischer Rohstoffe.
- Wir nutzen europäische Investitionen in Verteidigungstechnologien und Rüstungsgüter für den Aufbau unserer Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Resilienz und strategische Souveränität sind angesichts der geopolitischen Entwicklungen zentral.

“Made in Europe & by Partner Countries”- Prinzip bei der Öffentlichen Beschaffung

In der Europäischen Union werden jährlich rund 2500 Milliarden Euro im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe ausgegeben – das entspricht in etwa 15% des Bruttoinlandsprodukts der EU. Die öffentliche Beschaffung ist daher ein wichtiges strategisches Instrument, das wir gezielt für unsere Industrie nützen müssen. Öffentliche Aufträge werden gezielt als Impulsgeber für Innovation und Technologieentwicklung sowie zur Schaffung und Unterstützung von Leitmärkten eingesetzt.

Wir werden die strategische öffentliche Beschaffung und Vergabe im Sinne europäischer Wertschöpfung, technologischer Souveränität sowie der Transformation von Industrie und Arbeitswelt nutzen. Dies erfolgt insbesondere in für Österreich wichtigen Technologiefeldern sowie in Stärkefeldern heimischer Start-ups, Scale-ups und KMU. Die strategische öffentliche Beschaffung unterstützt dabei Leitmärkte und nachhaltige, innovative und resiliente Wirtschaftsstrukturen mit guten Arbeitsbedingungen und Löhnen.

In einem ersten Schritt wird hierfür ein „Aktionsplan strategische öffentliche Beschaffung“ als Leitlinie für die öffentliche Verwaltung entwickelt. Darüber hinaus wird, unter Berücksichtigung der europäischen Entwicklungen, ein entsprechender gesetzlicher Rahmen gesetzt.

Maßnahmen →

71

Begründung für nicht-europäische Leistungen

Um österreichische Auftraggeber zu europäischen Beschaffungen anzuleiten, soll eine Begründung für Vergaben an Drittstaatenbieter ohne garantierten Marktzugang verankert werden. Auftraggeber könnten so transparent und nachvollziehbar darlegen, weshalb im Zuge der Ausschreibung kein europäischer Unternehmer berücksichtigt wurde.

72

Aktionsplan strategische öffentliche Beschaffung

Ein österreichischer Aktionsplan zur strategischen öffentlichen Beschaffung, die auch Innovation fördert, umfasst klare Ziele, Indikatoren und Fortschrittsberichte.

73

Innovationsbeschaffung nach einem Challenge-Modell

Unterschiedliche Anbieter sollen – auch in Teams/Konsortien aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen – in Challenges Innovationen entwickeln, die es in der benötigten Form (z. B. in industriellem Maßstab) noch nicht am Markt gibt.



- 74 Schlüsseltechnologien in öffentlicher Beschaffung**
Die Nachfrage nach Produkten im Bereich der Schlüsseltechnologien wird im Zuge innovationsfördernder öffentlicher Beschaffung stimuliert. Damit werden die Markteinführung sowie die Skalierung innovativer Produkte und Dienstleistungen beschleunigt. Durch die Vorgabe klarer Leitlinien wird die Verwaltung bei Beschaffungsvorhaben mit Zielen und Indikatoren unterstützt.
- 75 Nutzung Industrial Accelerator Act**
Neben konkreten Umsetzungsmaßnahmen zur Stärkung des qualitativen Bestbieterprinzips, der Begründung für nicht-europäische Leistungen im Bundesvergabegesetz, einem österreichischen Aktionsplan zur strategischen und innovationsfördernden öffentlichen Beschaffung forciert Österreich die bestmögliche Nutzung des Industrial Accelerator Act (IAA) für nachhaltige Industrietechnologien in der EU.
- 76 Novellierung EU-Vergabe-Richtlinien**
Bei der Mitgestaltung der Novellierung der EU-Vergabe-Richtlinien liegt der Fokus auf deutlicher Vereinfachung und Entbürokratisierung sowie auf der Einführung der Möglichkeit europäischer Mindestwertschöpfungsanteile (Local Content, Buy European). Der Fokus liegt dabei auf Vereinfachung und Digitalisierung, nachhaltige und innovative Beschaffung sowie der Resilienz des Binnenmarkts.
- 77 Strategische Normenpolitik**
Die Bedeutung von Normen als geopolitisches und ökonomisches Instrument nimmt international deutlich zu. Um weiterhin europäische Interessen vertreten zu können, wird eine Standardisierungspauschale eingeführt. Diese entlastet Unternehmen für die Dauer der Teilnahme ihrer Fachkräfte an den entsprechenden Normungsgremien. Das Programm wird als Pilot auf drei Jahre ausgerollt und ab dem zweiten Jahr evaluiert.

Digitale Souveränität

Die digitale Transformation schafft viele neue Möglichkeiten für die Industrie. Die Diffusion von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz sind zentrale Hebel des Produktivitätswachstums. Die digitale Transformation bringt aber auch Risiken und Bedrohungslagen, wie Cyberkriminalität und Cyberangriffe. Für weniger Abhängigkeit und Angreifbarkeit staatlicher Einrichtungen und Unternehmen in Österreich und Europa wird in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung das Konzept der „Digitalen Souveränität“ immer wichtiger.

Wir fördern Digitale Souveränität nicht nur mit Blick auf nationale Sicherheit, vertrauenswürdige Infrastruktur und handlungsfähige Wirtschaft, sondern beziehen dabei auch Softwareentwicklung, Daten- und Cloudlösungen, KI-Systeme, digitale Plattformen und technologische Kompetenzen für eigenständige Handlungsfähigkeit im digitalen Raum mit ein. Gemeinsam mit den zuständigen Stellen auf Landesebene setzen wir uns für ein abgestimmtes Vorgehen zum Auf- und Ausbau der heimischen Rechenzentrumsinfrastruktur ein. Ausgerichtet am ÖNIP sowie am Bedarf der Industrie an modernen Rechenzentren sorgen wir zusammen für die Sicherstellung ausreichender Netzan-
schlüsse sowie effizienter Flächenwidmungs-, Genehmigungsverfahren und Abwärmenutzung. Da-mit werden Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern reduziert und die Entwicklung einer souveränen Rechenzentrumsinfrastruktur in Österreich unterstützt.



Maßnahmen →

78

Digitale Souveränität durch öffentliche Beschaffung

Digitale Souveränität und Resilienz werden verstärkt in der öffentlichen Beschaffung verankert. Dadurch werden der Aufbau einer autarken, europäischen Digitalinfrastruktur forciert und heimische und europäische Unternehmen und Technologien gestärkt. Zur klaren Nachvollziehbarkeit bei Cloud- und Datenlösungen sollen Datacenter entsprechend European Cloud Certificate Scheme (EUCS) mit öffentlichen Gütesiegeln versehen werden.

79

Europäische Cloud-Lösungen für Bundesbeteiligungen

Bei der Digitalen Souveränität wird die österreichische Verwaltung Vorreiter. Es wird künftig verstärkt auf Open Source basierte Produkte, insbesondere im Software-Bereich, gesetzt. Darüber hinaus wird der Aufbau einer standardisierten und souveränen Cloud Infrastruktur im Bundesrechenzentrum (BRZ) forciert. Weiters ergeht ein klarer Auftrag an Bundesbeteiligungen zur Nutzung und Aufbau von europäischen Cloud-Lösungen im Sinne der digitalen Souveränität.

80

Förderung digitaler Souveränität

Bestehende staatliche Fördermittel im Digitalisierungsbereich sollen insbesondere Kriterien zur Förderung der digitalen Souveränität stärker berücksichtigen. Dies fördert die Entwicklung digitaler Kapazitäten im eigenen Wirtschaftsraum und erhöht die Resilienz gegenüber globalen Risiken.

81

Industrie-Anbindung AI Factory

Bei der Erarbeitung der Services der AI Factory wird die Industrie eng eingebunden. Gemeinsam werden geeignete Angebote für die stärkere Anwendung von AI in Unternehmen jeder Größe entwickelt sowie praxistaugliche Nutzungsmöglichkeiten der High-Performance Computer sichergestellt.

Internationaler Handel und EU-Binnenmarkt forcieren

Für den Standort Österreich und seine exportstarke Industrie sind Freihandel und EU-Binnenmarkt entscheidende Erfolgsfaktoren. Wir bekennen uns zum internationalen Freihandel und zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes, weil damit neue Chancen für unsere Betriebe und den Wohlstand in Österreich verbunden sind.

Maßnahmen →

- 82 Internationalen Handel verantwortungsbewusst forcieren**
Österreich setzt sich für den Abschluss von fairen und ökologischen EU-Handelsabkommen und Investitionsschutzabkommen ein, um bestehende und neue Märkte (z. B. Staaten der Golfregion, Indien, Südost-Asien, Australien) für heimische Unternehmen besser zu erschließen.
- 83 Stärkung Binnenmarkt**
Der EU-Binnenmarkt muss durch Beseitigung bestehender Binnenmarkthemmnisse und europäische Initiativen zur Förderung europäischer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.
- 84 Freie und stabile Handelswege**
Österreich gestaltet europäische und multilaterale Initiativen zur Sicherung freier, stabiler und transparenter Handelswege aktiv mit.

Diversifizierung von Lieferketten

Die Abhängigkeit von einzelnen Staaten und Regionen ist eine Gefahr für Versorgungssicherheit und die daran geknüpfte Wertschöpfung in Österreich. Zur besseren Diversifizierung von Lieferketten gestalten wir europäische und multilaterale Initiativen zur Sicherung freier, stabiler und transparenter Handelswege aktiv mit.

Maßnahmen →

85

Europäische Wertschöpfung

Österreich forciert die Stärkung europäischer und regionaler Wertschöpfungsketten durch die Förderung von Produktion, Forschung und Innovation innerhalb Europas insbesondere in strategischen Sektoren wie Energie, Rohstoffe, Digitalisierung und Halbleiter.

86

Neue Märkte

Neue Handelspartnerschaften und Märkte werden insbesondere in Regionen mit wachsender Bedeutung für kritische Rohstoffe und Schlüsseltechnologien erschlossen.

Europäisches Förderwesen optimal nutzen

Der Europäische Wettbewerbsfonds (ECF) wird einen Großteil der bisherigen Finanzierungsprogramme zusammenführen, neue Instrumente etablieren und für mehr Effizienz und Kohärenz sorgen. Damit soll er für einen Schub für Innovation, industrielle Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit sorgen. Schwerpunkte des Fonds werden Clean Transition, Gesundheit und Bioökonomie, Digitale Transition, Verteidigung und Weltraum sein.

Österreich konnte sich seit dem Start des europäischen Forschungsrahmenprogramms Horizon Europe (HEU) überproportional Mittel sichern und liegt mit mehr als 1,5 Milliarden Euro an Rückflüssen – entspricht einem Gesamtbudgetanteil von ca. 3,2 Prozent – auf dem 8. Platz der EU. Die noch bessere Nutzung der EU-Förderungen erhöht unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Maßnahmen →

87

Förderstrategie

Nationale Förderinstrumente werden auch auf die bestmögliche Nutzung europäischer Initiativen und Programme ausgerichtet (z.B. European Competitiveness Fund, Horizon Europe, Connecting Europe Facility, European Space Agency, Important Projects of Common European Interest, Chips Act, EIT European Institute of Innovation & Technology, European Defence Fund, Global Gateway). Die Beteiligung an gemeinsamen europäischen Initiativen ergänzt gezielt nationale FTI-Programme. Dafür werden geeignete Bedingungen geschaffen.

88

Competitiveness Coordination Tool

Ein Competitiveness Coordination Tool wird etabliert, um Maßnahmen des European Competitiveness Funds mit der österreichischen Industriepolitik abzustimmen und umzusetzen. Analog zur bisherigen Praxis bei europäischen Initiativen wird ein zentraler Ansprechpartner unter anderem für die Industrie geschaffen.

Österreichische Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft

Die österreichische Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft ist nicht nur für die nationale Sicherheit essenziell, sondern birgt auch bedeutendes Wachstumspotenzial mit signifikanten Spillover-Effekten. Wir bekennen uns dazu, dieses Potenzial bestmöglich zu heben und die Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft gezielt zu stärken, ihre Innovationskraft zu fördern sowie ihre Rolle als starke Partnerin für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu sichern. Wir tun dies im Einklang mit den neutralitätsrechtlichen Bestimmungen. Mit der besseren Verknüpfung von Sicherheits- und Wertschöpfungsaspekten erhöhen wir die Resilienz regionaler Wertschöpfungsstrukturen gegenüber verdeckten und hybriden Bedrohungen sowie die Adaptionfähigkeit der Industrie für plötzliche sicherheitsbedingte bzw. krisenbedingte Nachfrageänderungen.

Die österreichische Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft soll gezielt in die europäische Verteidigungs- & Sicherheitsindustrie sowie europäische Initiativen wie Readiness 2030 eingebunden werden, um besseren Zugang zu Fördermitteln, Netzwerken und Technologiepartnerschaften zu erhalten. Wir fördern unsere Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft auch als strategischen Innovationstreiber für Schlüsseltechnologien wie beispielsweise Cybersecurity, KI-gestützte Lageanalyse, Sensorik und sichere Kommunikation. Für technologische Souveränität in sicherheitsrelevanten Bereichen und Synergien mit der zivilen Industrie braucht es gut ausgestattete gezielte F&E-Programme, Kompetenzzentren und Technologietransferinitiativen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Es wird eine eigene Taskforce zum Aufbau einer österreichischen Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft geschaffen. Durch die folgenden konkreten Maßnahmen etablieren wir die notwendigen Rahmenbedingungen für die volle Entfaltung der österreichischen Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Neutralität:



89

Reform der Exportkontrolle

Das System der Exportkontrolle wird gesamthaft überarbeitet und vereinheitlicht. Außenwirtschaftsgesetz und Kriegsmaterialgesetz werden überarbeitet, um den Rechtsrahmen der Exportkontrolle zu modernisieren und Verfahren zu digitalisieren, zu entbürokratisieren und zu beschleunigen. Ziel ist die Optimierung des Prüf- & Bewilligungsprozesses.

90

Beschleunigte Genehmigungsverfahren für Sicherheitswirtschaft

Die EU-Verordnung zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Projekte zur Verteidigungsbereitschaft wird rasch umgesetzt. Österreich tritt auf europäischer Ebene für schnellere Genehmigungsverfahren, Entbürokratisierung und Stärkung der Sicherheitswirtschaft ein.

91

Aufhebung Deckungsverbot

Um Verteidigungsinvestitionen der EU besser für die österreichische Exportwirtschaft zu nutzen, soll das strikte Deckungsverbot für Garantien und Förderungen ausschließlich für den Export von nichtletalen Kriegsmaterialien in ausgewählten Bereichen unter strikter Wahrung der österreichischen Neutralität sowie der strengen Ausfuhrvorgaben des Kriegsmaterialgesetzes aufgehoben werden.

92

Rechtliche Klarheit für Exporteure

Österreich schafft mit Blick auf die Neutralität rechtliche Klarstellungen für Exporteure von Kriegsmaterial, Militär- und Dual-Use-Gütern.

93

Aufbau eines Security Innovation Ecosystems

Zur Stärkung der Innovationskraft der Sicherheitsindustrie wird ein neues Security Innovation Ecosystems aufgebaut.

Modernes Investitionskontrollregime

Österreich soll ein attraktiver Standort für ausländische Investitionen sein. Dies wollen wir auch durch eine Anpassung des Investitionskontrollregimes unterstützen. Mit dem Investitionskontrollgesetz gibt es eine umfassende Rechtsgrundlage, um Übernahmen oder Beteiligungen ausländischer natürlicher und juristischer Personen an österreichischen Unternehmen allenfalls zu untersagen oder an Auflagen und Bedingungen zu knüpfen, wenn der Erwerb möglicherweise die Sicherheit oder öffentliche Ordnung einschließlich der Krisen- und Daseinsvorsorge gefährdet. Das Investitionskontrollregime soll gezielteren Schutz für kritische Bereiche bieten, aber auch mehr Chancen für Investitionen in die österreichische Wirtschaft durch die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen eröffnen.

Maßnahmen →

94 Reform Investitionskontrollgesetz

Das Investitionskontrollgesetz wird reformiert, um Österreichs kritische Infrastruktur im veränderten geopolitischen Umfeld gezielter zu schützen. Gleichzeitig prüfen wir die Möglichkeit von Erleichterungen von Investitionen in nicht-kritischen Bereichen außerhalb des Anwendungsbereichs des Investitionskontrollgesetzes.

95 Beteiligungsschwelle in kritischen Bereichen

Es erfolgt die Absenkung der Prüfmöglichkeit auf 10 %igen Anteilserwerb in kritischen Bereichen (Medien, Gesundheit). Darüber hinaus wird sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Verschärfung der Kontrollmöglichkeiten für kritische Bereiche und eine Erhöhung der Transparenz einsetzen.

Stärkung des Wettbewerbs

Als offene Exportnation steht Österreich im globalen und europäischen Wettbewerb. Dieser Wettbewerb kann zentral für Innovation, Produktivität, Qualität, Effizienz und strukturellen Fortschritt in Österreich sein und sichert damit Wohlstand, Beschäftigung und technologische Führerschaft langfristig. Als Gegenentwurf zu globalen Abschottungstendenzen bekennen wir uns klar dazu, den regionalen, europäischen und internationalen Wettbewerb bzw. die hohe österreichische Exportorientierung weiterhin aktiv zu unterstützen. Gleichzeitig setzen wir Maßnahmen, um den Wettbewerb in Österreich zu verbessern.

Maßnahmen →

96 Umsetzung Wettbewerbsmonitoring

Die Bundesregierung unterstützt die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) bei der erstmaligen Umsetzung eines umfassenden Wettbewerbsmonitorings.

Stärkung Branchenuntersuchungen

Die Eingriffsmöglichkeiten der BWB im Nachgang von Branchenuntersuchungen werden gestärkt. Dazu soll ein Optionen-katalog erarbeitet werden, mit dem Ziel den Wettbewerb auf wettbewerbsbeschränkten Märkten wieder in Gang zu setzen.

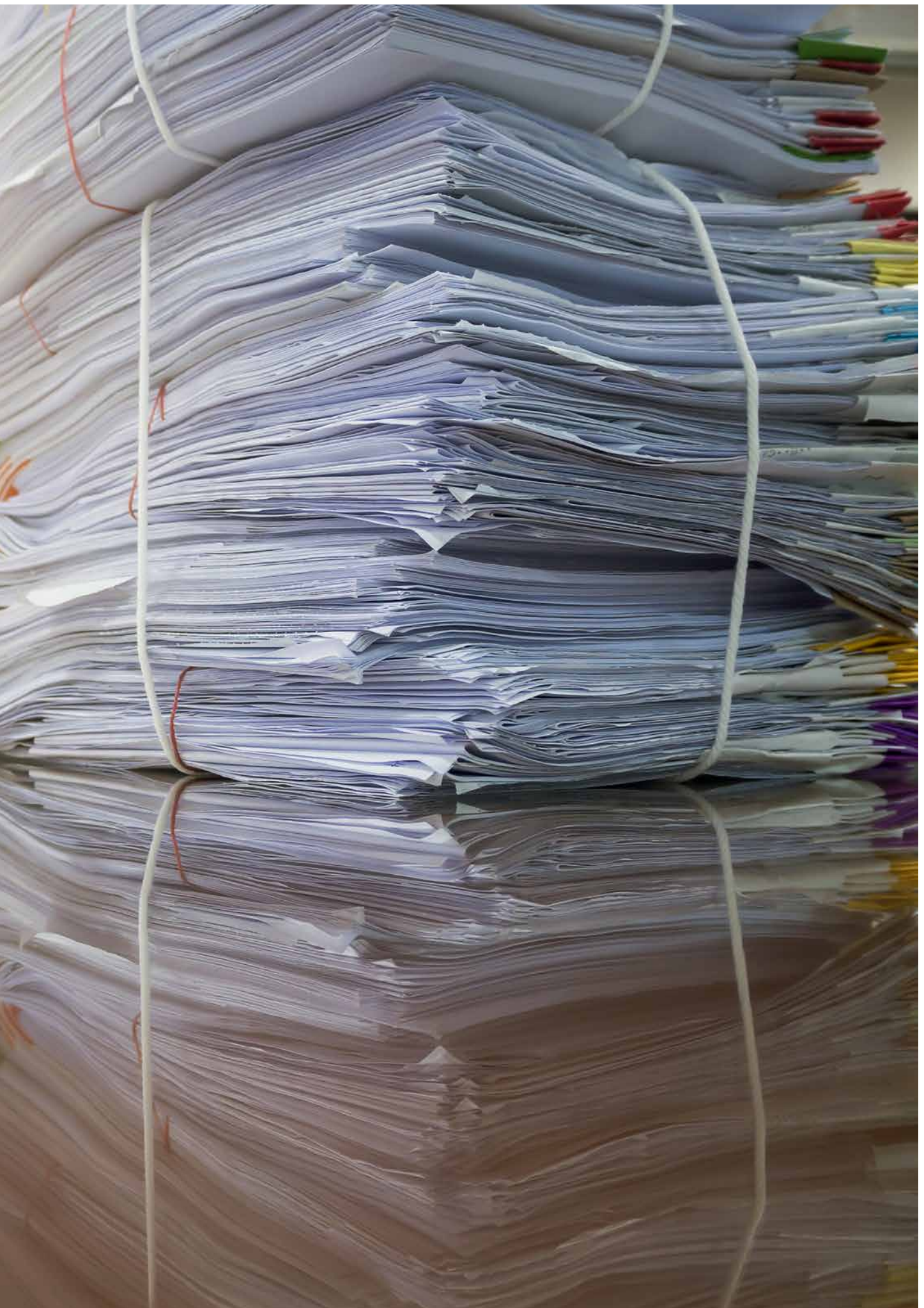
97 Senkung Lohnnebenkosten

Bis zur Mitte der Regierungsperiode werden – abhängig von der konjunkturellen und budgetären Entwicklung – die Lohnnebenkosten in einem ersten Schritt gesenkt. Ziel ist dann eine weitere stufenweise Entlastung ausschließlich im Rahmen des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF): (3,7%). Dies erfolgt bei budgetärer Sicherstellung des Erhalts der FLAF-Leistungen.

7

Handlungsfeld

Entbüro- kratisierung & Finanzierung



Strategische Ziele

Entbürokratisierung & Finanzierung

- Unternehmerische Gestaltungsspielräume gezielt erweitern
- Digitalisierung als Chance für Verfahrensbeschleunigung nutzen
- Privates Kapital als Wachstumschance mobilisieren
- Neuausrichtung Förderwesen auf “Made in Europe & Partner Countries” & Effizienz

Erfolgreiche Industriebetriebe brauchen ausreichend unternehmerische Handlungsspielräume und eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung. Unternehmen im Wettbewerb müssen möglichst flexibel und rasch auf Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld reagieren können. Ihre Handlungsspielräume sind dabei allerdings oft eingeschränkt: Einerseits durch ordnungspolitische Vorgaben und gesetzliche Bestimmungen auf nationaler und EU-Ebene, andererseits durch viele administrative Verfahren, lange Instanzenzüge oder der Beteiligung mehrerer Behörden an Entscheidungen, die Unternehmen belasten und ihre Agilität im Wettbewerb hemmen.

Gezielte Entbürokratisierung ist daher ein wichtiger Hebel, um die Handlungsspielräume der heimischen Unternehmen zu erhöhen – ohne dabei wichtige rechtliche Standards und Schutzregeln auszuhöhlen. Beschleunigte

Prozesse und Verfahren sowie eine moderne, service-orientierte digitalisierte Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren für Industriebetriebe in Österreich, die zudem private und öffentliche Ressourcen schonen.

Mehr Gestaltungsspielräume für Industrieunternehmen erfordern auch bestmögliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Innovations- und Wachstumsprojekte. Nachdem in Österreich die traditionelle Finanzierung der Unternehmen über Kommerzkredite im Zuge der Regulierung des Bankensektors an ihre Grenzen stößt, ist der Aufbau bzw. die Entwicklung eines leistungsfähigen Kapitalmarkts für eine positive Entwicklung des Standorts entscheidend. Auch aufgrund der gegebenen Budgetsituation muss privates Eigenkapital stärker für künftige Investitionsvorhaben und für die ausreichende Verfügbarkeit von Wachstumskapital mobilisiert werden.

Der Industriestandort Österreich soll 2035 mit einer modernen Risikokapitalkultur private Investitionen in Unternehmen und deren Eigenkapitalbildung erfolgreich unterstützen. Ein stabiler, starker Finanzmarkt ist speziell für einen hochinnovativen Industriestandort wie Österreich von großer Bedeutung. Wir setzen uns daher konsequent für eine Vertiefung der europäischen Spar- und Investitionsunion ein. Ein zielgerichtetes, zukunftsorientiertes Förderwesen ist eng mit der europäischen Förderlandschaft verzahnt.

Entbürokratisierung

Komplexe bürokratische Prozesse auf europäischer und österreichischer Ebene belasten die Agilität der heimischen Industrieunternehmen. Bürokratie kostet Österreich Jahr für Jahr rund 15 Milliarden Euro – also 3 % des BIP – und stellt Betriebe vor immer größer werdende Herausforderungen. In den letzten drei Jahren ist der Aufwand bei 60 % der Unternehmen weiter gestiegen. Wir werden aus diesem Grund in den nächsten Jahren umfassende Bürokratieabbaumaßnahmen setzen und insbesondere Melde-, Berichts- und Dokumentationspflichten merklich verringern. Zudem nutzen wir die großen Potenziale der Digitalisierung zur Erhöhung der Flexibilität und Produktivität der öffentlichen Verwaltung.

Maßnahmen →

- 98 „Entbürokratisierungsturbo“ Digitalisierung**
Zur Beschleunigung der Entbürokratisierung wird insbesondere die Digitalisierung genutzt. Die Standardisierung von Datenformaten für behördliche Eingaben erfolgt etwa für Genehmigungen, Statistikmeldungen und Anmeldungen im Firmenbuch. Um die Potentiale von standardisierten Datenformaten und Schnittstellen zwischen Behörden und Unternehmen zu veranschaulichen, werden Pilotprojekte umgesetzt.
- 99 One-Stop-Shop-Verfahren**
Mit One-Stop-Shop-Verfahren wird die zentrale Bündelung behördlicher Abläufe eingeführt, um Unternehmen eine schnelle, effiziente und transparente Abwicklung zu ermöglichen.
- 100 No-Stop-Shop-Verfahren**
No-Stop-Shop-Verfahren zur automatischen Weiterleitung behördlicher Daten an Förderstellen und die automatische Prüfung formaler Förderfähigkeitsbedingungen bei Förderprogrammen für Unternehmen werden realisiert.
- 101 Vereinfachung von Förderverfahren**
Die Vereinfachung des nationalen Förderrechts durch Vereinheitlichung von Verfahren sowie Digitalisierung von Antrags- und Nachweispflichten ermöglicht die Beschleunigung und Vereinfachung des Zugangs zu Fördermitteln für Unternehmen.
- 102 Praxischeck Berichtspflichten**
Vor Einführung von Berichtspflichten werden diese auf Praxistauglichkeit und Redundanz geprüft. Damit wird das Ziel zur Reduktion von Berichtspflichten verfolgt.



103 **Reduktion der Berichts- und Meldepflichten**

Die Bundesregierung verfolgt – gemäß EU-Better-Regulation – das Ziel, die bestehenden national vorgegebenen Berichtspflichten in Hinblick auf Anzahl, Umfang, Inhalt, Empfänger, Einreichmodalität bis 2035 zu reduzieren. Der bürokratische Aufwand für die Erfüllung von Berichts- und Meldepflichten wird auf das notwendige Maß reduziert.

104 **Once Only-Prinzip forcieren**

Die weitere Umsetzung des Once Only-Prinzips erfolgt unter anderem mit der Einführung eines Standard Audit Files (SAF-T). Unternehmen sollen Rechnungswesendaten digital in standardisierter Form nur einmalig an die Finanzbehörden übermitteln können. Dadurch sollen Doppelgleisigkeiten mit bestehenden Offenlegungen beseitigt (Once Only Prinzip), und die Effizienz von Prüfungen und die Rechtssicherheit durch den Einsatz automatisierter Prozesse und Schnittstellen deutlich gesteigert werden.

Zukunftsinvestitionen für den Standort Österreich

Um Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft durch Zukunftsinvestitionen zu stärken und die digitale und ökologische Transformation voranzutreiben, schaffen wir in Österreich einen eigenen „Standortfonds“. Ein Fokus liegt dabei insbesondere auf dem Scale-up-Bereich. Hierbei soll der Fonds einen Beitrag leisten, um hochinnovative Unternehmen am Standort Österreich zu halten und die Entstehung neuer Industrien zu ermöglichen. Darüber hinaus werden bestehende Investitionsanreize verlängert und auf Schlüsseltechnologien ausgerichtet.

Maßnahmen →

105

Rot-Weiß-Roter Standortfonds

Für den Start-up & Scale-up-Dachfonds wird eine Fund-of-Funds-Struktur mit einem unabhängigen Management entsprechend internationalen Standards aufgesetzt. Der Fonds wird mit einem öffentlichen Ankerinvestment ausgestattet und bündelt zudem privates Kapital. Der Scale-up-Fonds zur Finanzierung von Spin-offs und Scale-ups wird mit Anfang 2027 operativ tätig. Zusätzlich werden in diesem Zusammenhang auch die Finanzierungsmöglichkeiten für den Energie-Netzinfrastruktur-Ausbau ausgeweitet und für kritische Infrastruktur geprüft. Der Zinsvorteil ermöglicht Kostenvorteile für Netzkundinnen und Netzkunden. Neue Finanzierungsinstrumente werden mit bereits bestehenden nationalen und europäischen Instrumenten (z. B. EIB & erp-Fonds) bestmöglich abgestimmt.

106

Investitionsanreize für Schlüsseltechnologien

Um Investitionen im Bereich Schlüsseltechnologien zu forcieren, werden bestehende Investitionsanreize ab 2027 verlängert und weiterentwickelt sowie – wo sinnvoll – auf den Schlüsseltechnologiebereich ausgerichtet.

107

Investitionsboost für F&E Personal

Dabei wird ein Investitionsbooster für Personal im Bereich Forschung und Entwicklung in Schlüsseltechnologien implementiert.

Zielgerichtetes Förderwesen

Finanzielle Anreize sind ein wichtiger Faktor für Investitionsentscheidungen und die Ansiedelung neuer Unternehmen in Österreich. Die österreichische Förderlandschaft ist im europäischen Vergleich gut aufgestellt und soll stärker mit der europäischen Förderpolitik verzahnt werden.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Förder-Taskforce bekennt sich die österreichische Bundesregierung dazu, dass es besonderes Augenmerk darauf zu legen gilt, Fördergelder im servointerindustriellen Sektor so gezielt, wirksam und strategisch wie möglich auszurichten. Dabei soll nach Möglichkeit Mehrfachförderungen verhindert werden – unter zu Grundelegung des Kumulationsverbots. Die Förderpolitik soll gezielt auf Produktivitätssteigerung und Innovation auf österreichischer und europäischer Ebene ausgerichtet werden. Ein besonderer Fokus wird auf die Lenkung in Schlüsseltechnologien und Stärkefelder sowie KMU und Start-Ups gelegt.

Ineffiziente Mehrfachförderungen (Überförderung) gilt es zu vermeiden, eine schrittweise Ökologisierung der Förderungen wird angestrebt. Die Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Institutionen sowie Evaluations- und Exitstrategien zur Vermeidung von ineffizienten Dauersubventionierungen werden verbessert.

Es wird über einen Transformationsfonds oder eine Förderbank ein Fokus auf den effizienteren Mitteleinsatz in der Transformationsoffensive und eine bessere Abstimmung aller eingesetzten Mittel gelegt. Darüber hinaus wird der bestehende Instrumentenmix evaluiert. Ziel ist es den effizienteren Mitteleinsatz hin zu mehr Garantien, Haftungen oder Nachrangdarlehen bzw. gegebenenfalls Beteiligungen zu entwickeln.

Maßnahmen →

108 **Fördersystem für europäische und österreichische Produkte**

Das Fördersystem wird vorrangig auf europäische und heimische Produkte ausgerichtet. Best Practice-Mechanismen, wie der „Made-in-Europe-Bonus“ beim EAG-Investitionszuschuss, sollen ausgeweitet und flächendeckend zum Einsatz gebracht werden.

109 **Rückförderungsmechanismen und Standortgarantien**

Bei ausgewählten Förderprogrammen für Investitionsprojekte werden ab einer definierten Höhe ein Rückförderungsmechanismus („Clawback“-Mechanismus) und eine Standortgarantie eingeführt. Ab Fertigstellung des geförderten Projekts verpflichtet sich der Fördernehmer, geförderte Vermögenswerte mindestens zehn Jahre an der geförderten Betriebsstätte in Österreich zu belassen. Der Clawback-Mechanismus umfasst zudem eine Rückzahlungsverpflichtung bei der Förderung von Finanzierungslücken. Sollte eine „Überförderung“ festgestellt werden, müssen die Fördernehmenden die Förderung anteilig zurückzahlen.



110 Weiterentwicklung Garantien

Das Instrument der Garantie soll als budgetschonendes Finanzierungsinstrument ausgebaut werden. Dies umfasst:

- Fremdkapitalgarantien für nationale und internationale innovative sowie wachstumsgetriebene Unternehmensinvestitionen, die den EU-beihilferechtlichen Rahmen vollständig nutzen (z. B. Erweiterung um CISAF) und so die Wachstumschancen von Industrie und KMU durch passende Finanzierung sicherstellen.
- Das staatliche Ausfuhrförderungsverfahren wird mit Fokus auf strategisch wichtige Sektoren und eine Reform der OeKB-Governance zur Stärkung der Zielsteuerung und Wahrung der staatlichen industriepolitischen Interessen, sowie einer weiteren ambitionierten Orientierung in Richtung Unterstützung der grünen Transformation der österreichischen Wirtschaft unter Berücksichtigung bestehender Stärkefelder weiterentwickelt. Zusätzlich zum Netzinfrastukturfonds sollen weitere Maßnahmen gesetzt werden. Zum Beispiel:
 - Modelle für Ausfuhrgarantien werden für den Ausbau der österreichischen Stromnetzinfrastuktura zur Reduktion der Refinanzierungskosten der Netzbetreiber genutzt. Ziele sind eine nachhaltige Senkung der Kosten für den Netzausbau und eine dementsprechende Reduktion der Netzkosten für Netzkundinnen und -kunden. Die günstigen Konditionen einer Garantieübernahme durch die öffentliche Hand müssen an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden.

111 Ausfuhrförderung weiterentwickeln

Instrumente der Ausfuhrförderung (z. B. Exportgarantien, -haftungen und -kredite) werden zur zielgerichteten Unterstützung der Exportwirtschaft laufend durch Einbindung relevanter Stakeholder weiterentwickelt. Hierzu werden die bestehenden internationalen rechtlichen Möglichkeiten ausgereizt. Ein besonderer Fokus wird auf die Ausweitung der Exportgarantien für den Wiederaufbau der Ukraine gelegt.

112 Verankerung der Fremdkapitalaufnahme im erp-Fonds-Gesetz

Um den erp-Fonds als zentrales Kreditinstrument für Österreichs Industrie langfristig abzusichern, wird eine gesetzliche Verankerung der Fremdkapitalaufnahme im erp-Fonds-Gesetz geschaffen, um Zugang zu nationalen und europäischen Finanzierungsquellen wie der EIB zu sichern und die Kapitalbasis nachhaltig zu stärken.

113 Verankerung Kumulationsprinzip

Um Überförderungen durch Doppel- und Dreifachförderungen zu verhindern, wird ein Kumulationsprinzip eingeführt.

In der Spitzengruppe laufen

Monitoring der Industriestrategie 2035

Im globalen Wettbewerb können wir es uns nicht leisten, unsere Wachstumsziele aus den Augen zu verlieren. Unsere Industriestrategie wird daher durch ein laufendes Monitoring begleitet, das uns in regelmäßigen Abständen die Möglichkeit gibt, die Wirkung unserer Maßnahmen im Detail zu evaluieren und bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen.

Leistungskennzahlen der heimischen Industriepolitik

Das Monitoring der Industriestrategie 2035 erfolgt entlang der sechs definierten strategischen Ziele (siehe ab Seite 20) auf Basis ausgewählter Leistungskennzahlen ("Key Performance Indicators/KPIs"), welche einem fortlaufenden Review-Prozess unterliegen.

Der Produktivitätsrat wird hierfür seinen jährlichen Produktivitätsbericht um ein Wettbewerbsfähigkeitsradar erweitern und die Fortschritte bei der Zielerreichung anhand konkreter KPIs messen sowie allfällige Empfehlungen abgeben. Eine neu zu gründende Task Force Industrie, bestehend aus den Ressortspitzen des BMWET, BMIMI und BMEIA, den Sozialpartnern, der Industriellenvereinigung sowie drei von den Ressorts zu nominierenden Experten, bewertet die jährlichen Ergebnisse. Aufbauend auf dem Wettbewerbsfähigkeitsradar des Produktivitätsrats sowie den Ergebnissen der Taskforce Industrie legt die Bundesregierung spätestens bis Ende des ersten Quartals des darauffolgenden Jahres einen Bericht zur Umsetzung der Industriestrategie vor.

Evaluierung und Aktualisierung alle drei Jahre

Alle drei Jahre erfolgt eine externe wissenschaftliche Evaluierung der Industriestrategie. Im Rahmen der Evaluierung werden die Zielsetzungen überprüft und Empfehlungen für allfällige neue Maßnahmen zur Zielerreichung abgegeben. Dies stellt sicher, dass die in der Strategie verankerten Zielsetzungen, Leitprojekte und Maßnahmen konsequent umgesetzt werden und dass auf allfällige Zielabweichungen, Herausforderungen und veränderte Rahmenbedingungen zeitnah und wirksam reagiert werden kann.

Maßnahmen →

114 Weiterentwicklung des Produktivitätsrats

Das Aufgabenfeld Industriepolitik im Bereich des Produktivitätsrats wird weiter gestärkt und die Analysefunktion konsequent weiterentwickelt. Zudem wird gemäß Regierungsprogramm jährlich ein Wettbewerbsfähigkeitsradar für den Standort Österreich erstellt.

Budgetäre Bedeckung

Im Sinne einer nachhaltigen Budgetpolitik stehen alle zusätzlichen Mittel für Offensivmaßnahmen im Rahmen der Industriestrategie unter einem allgemeinen Budgetvorbehalt.

Breiter Prozess

Der Weg zur Industriestrategie 2035

Die vorliegende Industriestrategie wurde in einem breiten, partizipativen Stakeholder-Prozess unter der Leitung der Plattform Industrie 4.0 erarbeitet. Aktiv eingebunden waren die Sozialpartner (Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ), die Bundesarbeitskammer (BAK) und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)), die Industriellenvereinigung (IV), zahlreiche Agenturen (Austria Business Agency (ABA), Austrian Institute of Technology (AIT), Austria Wirtschaftsservice (aws), Christian Doppler Forschungsgesellschaft (CDG), Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) & die Standortagenturen der Bundesländer) sowie viele Fachexpertinnen und -experten. "Sounding Boards" ermöglichten es, unterschiedlichste Perspektiven und Interessen (Unternehmen, Beschäftigte, Wissenschaft) zu reflektieren und zu verarbeiten. Darüber hinaus wurden wissenschaftliche Studien sowie weitergehende Analysen in die Erstellung einbezogen. Die Steuerungsgruppe im Rahmen des Strategieprozesses wurde von den Bundesministern Wolfgang Hattmannsdorfer (BMWET) und Peter Hanke (BMIMI) sowie von Staatssekretär Sepp Schellhorn (BMEIA) geleitet.

Vernetzung

Abstimmung mit anderen Strategien der Bundesregierung

Für ausgewählte Themen- und Politikfelder wurden im Regierungsprogramm eigene Strategien verankert. Dies gilt insbesondere für Fachkräftestrategie, Life-Science-Strategie, Logistikstandortstrategie und ÖBAG-Strategie. Diese werden in Abstimmung mit den Zielsetzungen der Industriestrategie erarbeitet.

Unser Anspruch

Eine starke Industrie ist unsere gemeinsame Verantwortung



Mit der Industriestrategie 2035 legen wir ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Österreich ab – und gehen gemeinsam neue Wege für industrielle Wertschöpfung, breiten Wohlstand und sichere Zukunft in einem souveränen Österreich.

Wir sehen den Erfolg des Industrielandes Österreich als großes gemeinsames Ziel von Unternehmen, Beschäftigten, privaten und öffentlichen Institutionen sowie der Gesellschaft als Ganzes.

Wir laden Sie daher herzlich ein: Unterstützen Sie die Ziele und Maßnahmen der Industriestrategie – mit einem zukunftsorientiertem Mindset, mit persönlichem Einsatz und vor allem mit der Überzeugung, dass wir gemeinsam mehr Zukunft für unser Österreich in Europa produzieren können!

Impressum

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber:

Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus
Stubenring 1
1010 Wien
Tel.: (+43) 1 711 00-0
UID-Nummer: ATU 37859901

1. (unlektorierte) Auflage 2026

Design:

Mag. art. Christian Sulzenbacher

Fotos:

Adobe Stock
iStock by Getty Images
Wikipedia.org (Seite 44)
Österreichisches Bundesheer, Robert Giessauf (Seite 90)

